

Internationale Arbeitskonferenz, 95. Tagung 2006

Bericht des Generaldirektors

Beilage

Die Lage der Arbeitnehmer in den besetzten arabischen Gebieten

Internationales Arbeitsamt Genf

ISBN 92-2-716622-X
ISSN 0251-4095

Erste Auflage 2006

Die in Veröffentlichungen des IAA verwendeten, der Praxis der Vereinten Nationen entsprechenden Bezeichnungen sowie die Anordnung und Darstellung des Inhalts sind keinesfalls als eine Meinungsäußerung des Internationalen Arbeitsamtes hinsichtlich der Rechtsstellung irgendeines Landes, Gebietes oder Territoriums oder dessen Behörden oder hinsichtlich der Grenzen eines solchen Landes oder Gebietes aufzufassen.

Die Nennung von Firmen und gewerblichen Erzeugnissen und Verfahren bedeutet nicht, daß das Internationale Arbeitsamt sie billigt, und das Fehlen eines Hinweises auf eine bestimmte Firma oder ein bestimmtes Erzeugnis oder Verfahren ist nicht als Mißbilligung aufzufassen.

Veröffentlichungen des IAA können bei größeren Buchhandlungen, den Zweigämtern des IAA in zahlreichen Ländern oder direkt beim Internationalen Arbeitsamt: ILO Publications, CH-1211 Genf 22, Schweiz, bestellt werden. Diese Stelle versendet auch kostenlos Kataloge oder Verzeichnisse neuer Veröffentlichungen.

Vorwort

Der Bericht wurde wie in den Vorjahren im Anschluß an hochrangige Missionen nach Israel und in die besetzten arabischen Gebiete und die Arabische Republik Syrien abgefaßt. Die Missionen konnten erneut auf die uneingeschränkte Unterstützung der Gesprächspartner zählen, was den Rückhalt für die Bemühungen der IAO bekräftigt, einen Beitrag zur Schaffung von Frieden in der Region durch die Überwachung und Beurteilung der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung in unseren Zuständigkeitsbereichen zu leisten. Die IAO hat sich wie immer an die allgemeinen Vorgaben der Vereinten Nationen für ihre Tätigkeiten in den besetzten arabischen Gebieten gehalten.

Die gebotene Unterstützung war in diesem Jahr besonders willkommen, denn der Zeitpunkt des Besuchs der Region durch die Missionen war so gewählt worden, daß er nach den demokratischen Wahlen zum palästinensischen Legislativrat am 25. Januar und zur israelischen Knesset am 28. März 2006 stattfand. Die Missionen bekamen somit einen unmittelbaren Eindruck von der Situation, in der eine neue Regierung der Palästinensischen Behörde soeben die Amtsgeschäfte übernommen hatte und eine neue israelische Regierung gerade gebildet wurde. Unter den am israelisch-palästinensischen Konflikt beteiligten Parteien bestand die Erwartung, daß diese Veränderungen zu einer Neufestlegung ihrer jeweiligen Standpunkte führen würden. Hinzu kommt, daß wichtige Akteure in der internationalen Gemeinschaft beide Seiten an ihre internationalen Verpflichtungen erinnerten und bekräftigten, sie würden weiterhin nach Wegen suchen, wie eine Verschärfung der humanitären Krise vermieden und der Friedensprozeß erneut in Gang gebracht werden kann.

Die Mission beobachtete, daß das tägliche Leben der Arbeitnehmer in den besetzten arabischen Gebieten nicht nur nach wie vor dramatisch ist, sondern durch politische Unsicherheit zusätzlich kompliziert wird. So hat der Sonderkoordinator der Vereinten Nationen für den Friedensprozeß im Nahen Osten, Alvaro de Soto, festgestellt, die größten Probleme bestünden derzeit darin, für die Vereinten Nationen und die anderen internationalen Akteure Wege zu finden um sicherzustellen, daß den Interessen des Friedens gedient und den Bedürfnissen des palästinensischen Volkes Rechnung getragen wird. Dies kann nicht allein durch Tätigkeiten der internationalen Organisationen geschehen, da die von der Regierung der Palästinensischen Behörde erbrachten Dienste nicht ersetzt werden können ¹.

Die Untersuchung der Lage der Arbeitnehmer der besetzten arabischen Gebiete machte erneut die anhaltend schwierige Situation einer großen Zahl von Frauen und Männern deutlich, die nicht in der Lage sind, regelmäßig, produktiv und unter akzeptablen Bedingungen zu arbeiten. Der Bericht der Mission ist zwar in neutralen Worten

¹ In einer Erklärung vor dem Sicherheitsrat der Vereinten Nationen auf seiner 5419. Tagung am 24. April 2006 (SC/8697).

abgefaßt, er beschreibt jedoch die Situation einer täglichen Verletzung der menschlichen Würde und einer ungeheuren Ansammlung von Frustration angesichts der zahlreichen und immer wiederkehrenden Hindernisse, mit denen Menschen konfrontiert sind, die nichts anderes als den völlig normalen Wunsch haben, einen Lebensunterhalt zu verdienen, der ihnen ein menschenwürdiges Dasein ermöglicht.

Ein besonderes Merkmal des Arbeitsmarktes der besetzten arabischen Gebiete sind die ständigen und nicht vorhersehbaren Einschränkungen der Bewegungsfreiheit von Menschen und Gütern aus Gründen der Sicherheit. In Verbindung mit einer Sperrmauer, die vom Verlauf der grünen Linie abweicht und physisch die Bewegungsmöglichkeiten innerhalb der Gebiete sowie zwischen den Gebieten und Israel blockiert, beeinträchtigt dies die normale Wirtschaftstätigkeit palästinensischer Betriebe und stellt einen der wichtigsten Gründe für die sich verschlechternden Bedingungen dar, mit denen Arbeitnehmer konfrontiert sind.

Der Rückzug aus Gaza, zweifellos ein wichtiges Ereignis, hat den Restriktionen innerhalb des Gazastreifens ein Ende gesetzt. Dennoch wird die Möglichkeit eines Aufschwungs der Wirtschaft und der Beschäftigung eingeschränkt durch die anhaltenden Schwierigkeiten, unter denen die palästinensischen Exporteure leiden. In der Mitte des Jahres 2005 wurde das Sicherheitsregime eine Zeit lang gelockert, was zu einer Zunahme der Beschäftigung führte; in letzter Zeit wurde es jedoch wieder verschärft.

Vier von zehn Palästinensern leben in Armut und müssen mit weniger als 2,10 US-Dollar täglich auskommen. Die absolute Anzahl ist von 600.000 im Jahr 1999 auf 1.600.000 im Jahr 2005 gestiegen. Nur eine von zehn Frauen kann außerhalb ihres Heims einer Erwerbstätigkeit nachgehen, und dies trotz der Tatsache, daß die palästinensischen Frauen zu den am besten ausgebildeten Frauen weltweit gehören. Geschätzte 40 Prozent der palästinensischen Erwerbsbevölkerung sind von offener Arbeitslosigkeit betroffen oder gehören zu der großen Anzahl von Arbeitnehmern, die die Suche nach Arbeit wegen der geringen Erfolgsaussichten aufgegeben hat. Zwei von fünf Erwerbstätigen in Gaza und einer von fünf im Westjordanland sind Beschäftigte der Palästinensischen Behörde. Ihre Löhne ernähren schätzungsweise 900.000 Menschen.

Die komplizierten Zusammenhänge zwischen der wirtschaftlichen, sozialen und politischen Entwicklung einerseits und dem Frieden und der Sicherheit andererseits müssen im Vordergrund unseres Denkens stehen, wenn wir die allgegenwärtigen und anhaltenden Probleme des täglichen Lebens, mit denen die Menschen der besetzten arabischen Gebiete konfrontiert sind, angehen. Diese Prämisse liegt den Bemühungen der IAO in der Region und anderswo zugrunde: wirtschaftliche und soziale Sicherheit ist eine Voraussetzung für dauerhaften Frieden. Wie der Generalsekretär der Vereinten Nationen es in seinem Bericht mit dem Titel *In größerer Freiheit* ausdrückte: „Ohne Entwicklung können wir keine Sicherheit genießen, ohne Sicherheit kommen wir nicht in den Genuß der Entwicklung kommen, und wir können beides nicht genießen, wenn nicht die Menschenrechte geachtet werden.“² Diese Vision in Frieden und friedliche Aktionsmittel aller Parteien umzusetzen, ist die Herausforderung, die sich uns stellt.

Eine wichtige Dimension des die Menschenrechte betreffenden Korpus des internationalen Rechts ist das Recht der Arbeitnehmer und Arbeitgeber auf Vereinigungsfreiheit und darauf, Verbände ihrer eigenen Wahl zu gründen und ihnen beizutreten. Unter den derzeit in Palästina herrschenden Bedingungen könnten Fortschritte auf dem

² Vereinte Nationen: *In größerer Freiheit: Auf dem Weg zu Entwicklung, Sicherheit und Menschenrechten für alle*, Bericht des Generalsekretärs, Generalversammlung, 59. Tagung, Dok. A/59/2005, Abs. 17.

Weg zur Realisierung dieses Rechts eine wichtige Rolle dabei spielen, transparente, auf Einbindung ausgerichtete, effektive Kanäle für Hilfsmaßnahmen und Vertretung zu schaffen, die zu existenzfähigen Unternehmen, internationalem Handel und höherer Beschäftigung führen. In der globalen Mitgliedschaft der IAO entstanden viele Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände, bevor sich das Land als unabhängiger Staat etablieren konnte. Sie übernahmen nicht nur eine wichtige Rolle bei der Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen in oft turbulenten Zeiten, sondern leisteten auch einen Beitrag zur Verbreitung und Vertiefung einer demokratischen Zivilkultur, in der Probleme auf der Grundlage von gegenseitigem Respekt und durch Dialog gelöst werden können. Die Mission traf mit beiden palästinensischen Sozialpartnern zusammen, die gemeinsam die universelle Forderung der Arbeitnehmer- und der Arbeitgeberverbände weltweit nach einer sicheren rechtlichen Grundlage ihres Status im Einklang mit den Normen der IAO zur Vereinigungsfreiheit vertreten.

Die Rechte der palästinensischen Arbeitnehmer und ihrer Familien sind ein grundlegender Schritt auf dem Weg zur sozioökonomischen Entwicklung, zur Sicherheit, zum Frieden und zu größerer Freiheit in den besetzten arabischen Gebieten. Aus diesem Grund haben der Verwaltungsrat des Internationalen Arbeitsamtes und die Internationale Arbeitskonferenz der IAO eine konstruktive Rolle zugewiesen, die durch ihre Programme dazu beitragen soll, das Leben der erwerbstätigen Männer und Frauen und ihrer Familien in der Region zu verbessern. In dieser Hinsicht findet das erweiterte Programm der technischen Zusammenarbeit für die besetzten arabischen Gebiete, über das das Amt im November 2006 erneut berichten wird, große Unterstützung aller Regionen und Gruppen im Verwaltungsrat.

Die IAO hat stets die Auffassung vertreten, daß Sicherheit niemals nur eine militärische Frage ist. Die Feststellungen in der Verfassung der IAO: „Armut, wo immer sie besteht, gefährdet den Wohlstand aller“ und „der Weltfriede kann auf die Dauer nur auf sozialer Gerechtigkeit aufgebaut werden“ sind im Mittleren Osten von heute äußerst relevant.

Die Sicherheit der Menschen läßt sowohl auf israelischer wie auch auf palästinensischer Seite des ungelösten Konflikts zu wünschen übrig. Seit dem Besuch der Mission kam es zu einer alarmierenden Zunahme von Gewalttaten, die auf beiden Seiten Opfer forderten, darunter auch Kinder. Die Regierung Israels legt das Schwergewicht auf die physische Sicherheit ihrer Bürger. Die Palästinensische Behörde betont die wirtschaftliche und soziale Unsicherheit sowie die physische Sicherheit der unter der Besatzung lebenden Palästinenser. Die Sicherheit in allen ihren Aspekten – den physischen, sozialen und wirtschaftlichen – in Israel einerseits kann nicht von der Sicherheit der palästinensischen Bevölkerung, die in den besetzten Gebieten lebt, andererseits getrennt werden. Die Belange einer umfassenden Sicherheit beider Völker sind untrennbar miteinander verbunden. Es besteht eine gemeinsame Verantwortung, sämtliche Probleme gemeinsam anzugehen. Die IAO vertraut darauf, daß es ihr gelingen wird, auf der Grundlage ihrer besonderen Kompetenzen und ihrer langjährigen Beziehungen zu den dreigliedrigen Mitgliedsgruppen der Region einen Beitrag zu einem erneuten Friedensprozeß zu leisten.

Mai 2006

Juan Somavia
Generaldirektor

Inhaltsverzeichnis

	<i>Seite</i>
Vorwort.....	iii
Einleitung	1
1. Der politische Kontext: Neupositionierungen nach den Wahlen 2006.....	4
2. Abriegelungen und ihre Auswirkung auf die Lebensgrundlagen der Palästinenser	7
3. Eine Wirtschaft unter Besatzung	20
4. Sozialer Dialog und sein Beitrag zu guter Regierungsführung.....	32
5. Zusammenfassung und Schlußfolgerungen	35
Quellennachweis	41
Anhang.....	43

Einleitung

1. Entsprechend der EntschlieÙung über die Auswirkungen der israelischen Siedlungen in Palästina und anderen besetzten arabischen Gebieten im Zusammenhang mit der Lage der arabischen Arbeitnehmer, die von der Internationalen Arbeitskonferenz auf ihrer 66. Tagung (1980) angenommen worden war, entsandte der Generaldirektor in diesem Jahr erneut Missionen nach Israel, in die besetzten arabischen Gebiete und in die Arabische Republik Syrien, um eine möglichst umfassende Beurteilung der Lage der Arbeitnehmer der Gebiete (Westjordanland, einschließlich Ost-Jerusalems, Gaza Streifen und Golan) vorzunehmen¹. Im Verlauf der Mission in die besetzten arabischen Gebiete hatten die Vertreter des Generaldirektors zahlreiche Unterredungen und Treffen mit Gesprächspartnern auf israelischer und palästinensischer Seite².

2. Der Zeitpunkt der Mission wurde zum Teil von der Notwendigkeit diktiert, einen Bericht zur Vorlage an die Internationale Arbeitskonferenz zu erstellen, und beruhte zum Teil auf dem Rat der israelischen Behörden, die um den Besuch der Mission nach den allgemeinen Wahlen in Israel ersucht hatten. Die Mission traf deshalb am 29. März ein, am Tag nach den allgemeinen Wahlen in Israel, als das Endergebnis noch nicht bekannt war. Neue Minister der von der Hamas geführten Palästinensischen Behörde waren soeben vereidigt worden, und die geschäftsführenden Minister waren zur Zeit der Mission dabei, ihre Ämter zu übergeben. Obwohl um ein Treffen mit S.E. Mahmoud Abbas, dem Vorsitzenden der Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO), oder einem Vertreter seines Büros gebeten wurde, stand er der Mission bedauerlicherweise nicht zur Verfügung. Diese Mission der Internationalen Arbeitsorganisation, einer Sonderorganisation der Vereinten Nationen, hielt sich natürlich an die Vorgehensweise der Vereinten Nationen. Das im Wandel begriffene und nur bedingt verlässliche politische Umfeld sowie die humanitäre Situation, vor allem im Gazastreifen, wurden der Mission eindringlich verdeutlicht, die bei der Erfüllung ihres Auftrags den Entwicklungen bei anderen Organisationen des multilateralen Systems in vollem Umfang Rechnung trug. Was die Kontakte zur neuen Regierung der Palästinensischen Behörde betrifft, so erfolgte eine umfassende Abstimmung mit dem Sonderkoordinator der Vereinten Nationen für den Friedensprozeß im Nahen Osten, Alvaro de Soto, der gleichzeitig Orientie-

¹ In früheren Berichten wurde bereits darauf hingewiesen, daß der Golan seit 1967 von Israel besetzt ist und 1981 einseitig von Israel annektiert wurde. Die israelische Regierung hat ihren Standpunkt in der Frage des Golan wie folgt formuliert: „Ziel der Mission des IAA ist die Sammlung von Informationen für den Bericht des Generaldirektors über die besetzten arabischen Gebiete. Die Regierung Israels vertritt den Standpunkt, daß der Golan, auf den die israelische Gesetzgebung, Rechtsprechung und Verwaltung angewendet worden sind, kein solches Gebiet ist. Unter diesem Gesichtspunkt ist der Mission des IAA als Zeichen des guten Willens und unter allem Vorbehalt die Genehmigung zum Besuch des Golan erteilt worden. Die Entscheidung einen solchen offiziellen Besuch zu erleichtern, darf keinen Präzedenzfall darstellen und steht nicht im Widerspruch zum Standpunkt der israelischen Regierung.“ Am 17. Dezember 1981 nahm der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen die Resolution 497 an, in der Israel aufgefordert wird, den niemals von den Vereinten Nationen anerkannten Beschluß, den Golan zu annektieren, rückgängig zu machen. Dem Standpunkt Israels wird auch von der Regierung der Arabischen Republik Syrien und den arabischen Einwohnern des Golan widersprochen, die den Golan als einen besetzten Teil der Arabischen Republik Syrien ansehen.

² Ein Verzeichnis der Gesprächspartner findet sich im Anhang zu diesem Bericht.

rungshilfe leistete. Umfang und Inhalt der Begegnungen und Kontakte der Mission wurden durch diesen Rahmen bestimmt.

3. Bei der Prüfung aller anstehenden Fragen, sowohl während der Missionen als auch bei der Ausarbeitung dieses Berichts, ließen sich die Vertreter des Generaldirektors wie üblich von den einschlägigen Normen des Völkerrechts leiten, insbesondere vom Haager Abkommen von 1907 (betreffend die Gesetze und Gebräuche des Landkriegs) und von dem Vierten Genfer Abkommen von 1949 (über den Schutz von Zivilpersonen in Kriegszeiten), die auch von Israel unterzeichnet wurden.

4. Die Vertreter des Generaldirektors ließen sich ferner von den in der Verfassung der Internationalen Arbeitsorganisation, einschließlich der Erklärung von Philadelphia, niedergelegten Grundsätzen und Zielen leiten sowie von den von der Internationalen Arbeitskonferenz angenommenen Normen und Entschlüssen, den von den Aufsichtsorganen der IAO aufgestellten Grundsätzen und allgemeiner der Frage der Rechte bei der Arbeit. Wie in der Entschlüsselung von 1980 dargelegt, geht es im Kern um die Chancengleichheit und Gleichbehandlung der Arbeitnehmer der besetzten arabischen Gebiete, die gewerkschaftlichen Freiheiten und Rechte dieser Arbeitnehmer und den psychologischen, geistigen und materiellen Schaden, der den arabischen Arbeitnehmern in Palästina und anderen besetzten arabischen Gebieten durch die israelische Siedlungspolitik zugefügt wird. Dieser Ansatz verleiht den Grundsätzen und Rechten bei der Arbeit, die zusammen mit der Beschäftigung, dem sozialen Schutz und dem sozialen Dialog die Eckpfeiler der Agenda für menschenwürdige Arbeit bilden, das ihnen gebührende Gewicht. Der vorliegende Bericht berücksichtigt daher die einschlägige Gesetzgebung und die erlangten Informationen zu den Realitäten vor Ort hinsichtlich der Lage der Arbeitnehmer der besetzten arabischen Gebiete.

5. Der Generaldirektor betraute Friedrich Buttler, Regionaldirektor für Europa und Zentralasien, Rania Bikhazi, Sachverständiger für die Entwicklung von Unternehmen im Regionalbüro der IAO für die arabischen Staaten in Beirut (RO-Beirut), Philippe Egger, Wirtschaftswissenschaftler im Büro für Programmausarbeitung und -überwachung, Tariq Haq, Beauftragter für Beschäftigungsentwicklung und -strategien im RO-Beirut, und Steven Oates, Sektorkoordinator im Büro des Exekutivdirektors für Normen und grundlegende Prinzipien und Rechte bei der Arbeit, mit der Mission nach Israel und in die besetzten arabischen Gebiete, die vom 29. März bis 5. April 2006 stattfand. Rasha El Shurafa, amtierende Vertreterin der IAO im Westjordanland und in Gaza, führte sämtliche Vorbereitungen für die Mission durch, der sie als Vollmitglied angehörte.

6. Friedrich Buttler, Rania Bikhazi und Steven Oates wurden mit der Mission in die Arabische Republik Syrien betraut, die am 5. April 2006 stattfand.

7. Dieser Bericht berücksichtigt die von den vorerwähnten Missionen vor Ort erlangten Informationen sowie die von ihren Gesprächspartnern vorgelegten Unterlagen und andere öffentlich zugängliche Informationen. Die Lage der Arbeitnehmer der besetzten Gebiete wurde von den Missionen einer unparteiischen und objektiven Prüfung unterzogen. Der diesjährige Bericht enthält kein Kapitel über die israelische Wirtschaft, wie es erstmals 2002 aufgenommen war, als die israelische Wirtschaft von den Auswirkungen des Konflikts besonders stark betroffen war. Dies war 2005 nicht mehr der Fall. Der Bericht geht auch nicht im einzelnen auf die technische Zusammenarbeit der IAO mit den palästinensischen Partnern ein. Hierüber legt das Amt dem Verwaltungsrat auf seinen Tagungen im November gesonderte Berichte vor.

8. Der Generaldirektor ist allen beteiligten Parteien außerordentlich dankbar und möchte seiner Anerkennung dafür Ausdruck verleihen, daß seine Vertreter bei der Einholung der sachlichen Informationen, auf die sich dieser Bericht stützt, wie immer auf

die volle Unterstützung aller Parteien, der Araber wie der Israelis, einschließlich der Vertreter der Organisationen des Systems der Vereinten Nationen, zählen konnten. Er erkennt auch die umfassende Unterstützung an, die seinen Vertretern von den Behörden der Arabischen Republik Syrien gewährt wurde. Der Generaldirektor sieht in dieser Zusammenarbeit ein Zeichen des ungebrochenen Vertrauens, das alle Parteien in die IAO und ihre Bemühungen setzen, einen Beitrag zur Förderung der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung der Gebiete zu leisten, die eine wesentliche Voraussetzung für eine zufriedenstellende Beilegung des derzeitigen Konflikts ist.

1. Der politische Kontext: Neupositionierungen nach den Wahlen 2006

9. Im vorjährigen Bericht hat die Mission den Kontext als „Wiederaufnahme des Dialogs in einem volatilen Umfeld“ bezeichnet. Obwohl in vielfacher Hinsicht von Unsicherheiten geprägt, war die damalige Situation dennoch von einer Reihe von Faktoren bestimmt, die Anlaß zur Hoffnung gaben. Der Fahrplan definierte weiterhin den internationalen Rahmen für Entwicklungen der Lage der Arbeitnehmer der besetzten arabischen Gebiete, und der andauernde Prozeß demokratischer Wahlen weckte Erwartungen im Hinblick auf eine Wiederaufnahme des Dialogs. Obgleich die einseitig Ankündigung Israels, Siedlungen im Gazastreifen aufzulösen und alle dort stationierten Truppen abziehen, von den Palästinensern mit Vorbehalt aufgenommen wurde, weil sie es vorgezogen hätten, daß solche Maßnahmen im Rahmen einer ausgehandelten Friedensregelung getroffen worden wären, waren erste Schritte zu einer militärischen Entflechtung geplant und „ernsthafte Bemühungen auf höchster Ebene, der sich verschlechternden Situation insgesamt ein Ende zu machen“ anerkannt worden (Palästinensischer Gesetzgebender Rat, 2006). Das Ende der Präsenz Israels im Gazastreifen sowie das Abkommen vom 15. November 2005 über Bewegungsfreiheit und Zugang können durchaus dazu beitragen, die Lage der Arbeitnehmer zu erleichtern.

10. Der Abzug aus dem Gazastreifen fand vom 15. August bis zum 12. September 2005 statt. Infolgedessen gibt es nun keine internen Beschränkungen der Bewegungsfreiheit mehr. Externe Beschränkungen für See-, Luft- und Landreisen (mit Ausnahme für Fußgänger am Grenzübergang zu Ägypten bei Rafah) gelten nach wie vor und beruhen auf israelischen Sicherheitsbedenken. Der Sondergesandte des Quartetts für die Entflechtung berichtete regelmäßig über die Durchführung des Abkommens über Bewegungsfreiheit und Zugang (Büro des Sondergesandten für die Entflechtung, 2006). In seiner Aussage vor dem Ausschuß für Auslandsbeziehungen des Senats der Vereinigten Staaten erklärte der Sondergesandte James Wolfensohn: „Zwar waren am Übergang Rafah und für eine Zeitlang auch am Übergang Karni einige Erfolge zu verzeichnen, doch insgesamt blieb die Umsetzung des Abkommens unzulänglich (United States Senate Committee on Foreign Relations, 2006). Grenzübergänge werden je nach der einseitigen Risikobeurteilung durch die israelischen Streitkräfte (IDF) geschlossen und wieder geöffnet. Es ist schwierig, die Angemessenheit dieser Sicherheitsmaßnahmen im Verhältnis zu den von der israelischen Regierung empfundenen Bedrohungen einzuschätzen. Der israelische Koordinator für Regierungstätigkeiten in den Gebieten (COGAT), Generalmajor Yossef Mishlev, definiert die Ausbalancierung von Sicherheit und Mobilität als eine „Strategie des kalkulierten Risikos“, während die palästinensischen Gesprächspartner der Mission diese Maßnahmen häufig als „kollektive Bestrafung“ des palästinensischen Volkes einstufen. Im politischen Kontext, wie ihn die israelische Regierung sieht, hat die körperliche Sicherheit israelischer Bürger nach wie vor die höchste Priorität. Die Beschränkungen der Bewegungsfreiheit zwischen dem Westjordanland einerseits und Israel und dem palästinensischen Gebiet auf der Westseite der Sperrmauer andererseits werden auch weiterhin von der bisher noch nicht fertiggestellten Sperrmauer bestimmt. Darüber hinaus stellte die Mission auch in diesem Jahr eine weitere Verschlechterung der internen Mobilität innerhalb des Westjordanlandes fest, die zu einer, wie es die Palästinenser bezeichnen, „Kantonisierung“ des Westjordanlandes in drei gesonderte Regionen (Norden, einschließlich Nablus, Jenin und Tulkarem, Mitte um Ramallah und Süden um Hebron) und einer zunehmenden Trennung des Jordantals und Ostjerusalems von diesen Regionen geführt hat. Der Gazastreifen ist immer stärker isoliert worden.

11. Vor den Wahlen zur Knesset am 28. März 2006 hatte die israelische Regierung im zweiten Halbjahr 2005 weitere einseitige Schritte zur Festlegung der endgültigen Grenzen Israels angekündigt. Die Wahlergebnisse in Verbindung mit den Ergebnissen der Wahlen zum Palästinensischen Gesetzgebenden Rat vom 25. Januar schufen neue Voraussetzungen für einen etwaigen künftigen Dialog. Seit dem überwältigenden Sieg der Hamas bei den Parlamentswahlen im Januar 2006 ist der Dialog jedoch unterbrochen. Nach Ansicht der Palästinenser dürfte ihr Volk nicht für das Ergebnis des demokratischen Wahlverfahrens bestraft werden, das vom Quartett als „frei, fair und sicher“ beschrieben wurde (Vereinte Nationen, 2006a). Bemerkenswert ist, daß aus palästinensischen Meinungsumfragen nunmehr eine deutliche Mehrheit für eine Zwei-Staaten-Lösung (57,9 Prozent im Februar 2006 gegenüber 44,5 Prozent im Juni 2004) und gegen militärische Operationen gegen Israel (51,5 Prozent im Januar 2006 gegenüber 26,9 Prozent im Juni 2004) hervorgeht (Jerusalem Media and Communication Center, 2004 und 2006).

12. Das Quartett erwartete von der künftigen palästinensischen Regierung, die Ende März 2006 ihr Amt antrat, eine Verpflichtung „... zu den Grundsätzen der Gewaltlosigkeit, die Anerkennung Israels und die Einhaltung früherer Vereinbarungen und Verpflichtungen, einschließlich des Fahrplans (Vereinte Nationen, 2006a)“.

13. In Israel ging die Kadima-Partei als stärkste Partei aus den Wahlen vom 28. März hervor. Ihr Vorsitzender Ehud Olmert kündigte Verhandlungen im Hinblick auf die Bildung einer Koalition mit der Labour-Partei und anderen Partnern an. Ob diese Koalition eine veränderte Haltung der Regierung zu künftigen einseitigen Lösungen bedeuten kann, wie es Saeb Erekat, der Vertreter der PLO, erwartet, bleibt abzuwarten. Später erklärte Ehud Olmert, daß „die Zeit gekommen ist“, eine einseitige Lösung zu finden (Newsweek – Washington Post, 2006). In seiner Rede vor der Plenarsitzung des Europäischen Parlaments am 5. April 2006 erklärte der Hohe Vertreter der Europäischen Union (EU), Javier Solana, die EU werde auch künftig einseitige Lösungen ablehnen, die eine Lösung auf der Grundlage von zwei Staaten gefährden könnten, und der Rat der Europäischen Union „unterstrich die Bedeutung einer nachdrücklichen Verpflichtung der neuen israelischen Regierung, auf eine Verhandlungslösung des israelisch-palästinensischen Konflikts auf der Grundlage bestehender Vereinbarungen, der einschlägigen Resolutionen des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen und der im Fahrplan verankerten Grundsätze anzustreben“ (Rat der Europäischen Union, 2006).

14. Falls Lösungen vorgesehen werden sollten, die darauf hinausliefen, die künftigen Grenzen des Staates Israel und eines künftigen palästinensischen Staates festzulegen, müßte dem Charakter der Sperrmauer besondere Aufmerksamkeit gewidmet werden. Die israelische Regierung hatte zuvor stets erklärt, daß der Verlauf der Mauer nicht die künftige Grenze zwischen den beiden Staaten vorherbestimme. Der Rat der Europäischen Union „forderte Israel auf, jede Maßnahme, wie etwa Siedlungstätigkeiten und den Bau der Sperrmauer auf palästinensischem Boden, zu unterlassen, die im Widerspruch zu internationalem Recht steht und die Verwirklichung einer vereinbarten Zweistaatenlösung bedroht“ (ebd.).

15. Die Auslandshilfe für die Palästinenser umfaßt Haushaltsunterstützung, Notstands-/humanitäre Hilfe und Entwicklungshilfe. 2005 beliefen sich die Geberbeiträge auf rund 1,3 Milliarden US-Dollar, von denen etwa 350 Millionen US-Dollar (27 Prozent) in Form von Haushaltsunterstützung, 500 Millionen US-Dollar (38 Prozent) als humanitäre/Notstandshilfe und 450 Millionen US-Dollar als Entwicklungshilfe geleistet wurden (Weltbank, 2006a). Die Notstands-/humanitäre Hilfe könnte zwar durchaus in den kommenden Monaten noch steigen, um Notsituationen zu lindern, doch die Fortsetzung der Geberunterstützung für den Haushalt der Palästinensischen Behörde sowie für Entwick-

lungsprojekte steht zur Zeit zur Diskussion. 2005 waren durchschnittlich 150.000 Zivil- und Sicherheitsangestellte für die Palästinensische Behörde tätig, davon 30.000 an Primar- und Sekundarschulen und 11.000 im Gesundheitswesen. Unter Berücksichtigungen der Abhängigenquote läßt sich schätzen, daß rund 900.000 Palästinenser auf die von der Behörde gezahlten Gehälter angewiesen sind, wobei die Multiplikatoreffekte für die Wirtschaft insgesamt noch nicht berücksichtigt sind. Die Abhängigkeit von einer Beschäftigung im öffentlichen Sektor ist in Gaza (38 Prozent der Gesamtbeschäftigung) viel höher als im Westjordanland (17 Prozent).

16. Obwohl internationale Organisationen in bewundernswerter Weise Hilfe leisten, wurde der Mission immer wieder erklärt, daß „es keine Möglichkeit gibt, die Dienste der Regierung zu ersetzen“ (wie es ein Vertreter des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz [IKRK] formulierte). Darüber hinaus stellt die Weltbank fest: „Es wäre schwierig, den Umfang der Notstands-/humanitären Hilfe rasch zu erweitern ...; die Möglichkeiten für eine humanitäre Hilfe würden auch durch die heute an den Grenzen und innerhalb des Westjordanlandes geltenden Beschränkungen der Bewegungsfreiheit vermindert“ (ebd.). Nach der Situationsschilderung, die COGAT der Mission gegenüber vornahm, würde die israelische Regierung stets Hilfe zur Bekämpfung der humanitären Krise passieren lassen. Dabei kann jedoch nicht ausgeschlossen werden, daß immer wieder Teufelskreise – wo immer sie einsetzen mögen – aus der Unsicherheit der Menschen, Gewalt, politischer Unsicherheit und weiteren Bewegungseinschränkungen entstehen oder sich weiter verschärfen ³.

17. Zahlreiche Beobachter haben die äußerst gravierenden humanitären, politischen, wirtschaftlichen und sozialen Konsequenzen einer Verminderung der finanziellen Unterstützung für die Palästinensische Behörde hervorgehoben, einer Institution, die von den Palästinensern mit Unterstützung von Gebern geschaffen wurde und in allen besetzten palästinensischen Gebieten wichtige Regierungsfunktionen ausübt. Die Palästinensische Behörde ist ein wichtiges Element einer wiederbelebten palästinensischen Wirtschaft, die ihrerseits ein Eckpfeiler für Sicherheit und Frieden ist.

18. Dies ist die Situation, in der zum Zeitpunkt der Abfassung dieses Berichts eine neue palästinensische Regierung soeben die Macht übernommen hatte und eine neue israelische Regierung noch gebildet werden sollte. Es war ein Zeitpunkt, zu dem die beiden involvierten Parteien voneinander eine Neubestimmung ihrer Positionen erwarteten und zu dem wichtige Akteure der internationalen Gemeinschaft beide an ihre internationalen Verpflichtungen erinnerten und gleichzeitig nach Wegen suchten, eine Verschärfung der humanitären Krise zu verhindern und gleichzeitig die Friedensverhandlungen neu aufzunehmen. Mit praktisch jedem Tag werden diesem äußerst instabilen Umfeld neue Elemente hinzugefügt.

³ Das Stockholmer Internationale Friedensforschungsinstitut (SIPRI) hat in seinem Jahrbuch 2005 den israelisch-palästinensischen Konflikt in seiner Liste der 19 größeren bewaffneten Konflikte 2004 in die Kategorie internationalisierter innerstaatlicher Konflikte aufgenommen (SIPRI, 2005).

2. Abriegelungen und ihre Auswirkung auf die Lebensgrundlagen der Palästinenser

19. Die Bewegungsfreiheit der Palästinenser in und zwischen den besetzten Gebieten bleibt durch ein kompliziertes und strikt angewandtes System interner und externer Abriegelungen weiterhin eingeschränkt⁴. Nach der Auffassung Israels ist das Abriegelungssystem eine notwendige Sicherheitsmaßnahme; Palästinenser und Menschenrechtsorganisationen betrachten es jedoch als eine kollektive Bestrafung⁵ und einen Versuch, Land und natürliche Ressourcen Palästinas zu enteignen. Bewegungsfreiheit ist für den Zugang zu Land und Märkten unerlässlich, und wenn sie verweigert wird, ist dies für die palästinensischen Wirtschafts- und Sozialverhältnisse katastrophal. Umfang und Art der Abriegelungsmaßnahmen haben sich im Lauf des Jahres 2005 weiter verändert, wobei sich im Westjordanland und in Gaza einige deutliche Muster abzeichneten.

2.1. Interne Abriegelungen im Westjordanland

20. Im Westjordanland werden Waren- und Personenbewegungen durch ein engmaschiges Netz von Kontrollstellen, Straßensperren, Toren, Erdwällen, Schranken und Gräben und die Sperrmauer um das Westjordanland sowie durch ein komplexes und uneinheitliches Genehmigungssystem bestimmt. Das Amt der Vereinten Nationen für die Koordinierung humanitärer Angelegenheiten (OCHA) hat festgestellt, daß das Netz interner Abriegelungen allmählich eine „horizontale Dreiteilung“ des Westjordanlandes bewirkt, wobei Reisen zwischen den nördlichen, zentralen und südlichen Regionen des Westjordanlandes immer schwieriger werden (OCHA, 2006a). Die Tabelle 2.1 zeigt die Zahl der internen Abriegelungsmaßnahmen, die zu bestimmten Zeiträumen zwischen November 2004 und Januar 2006 in den verschiedenen Verwaltungsbezirken in Kraft waren, mit Angabe der geschätzten Zahlen der von diesen Maßnahmen betroffenen Erwerbstätigen.

21. Das komplexe und uneinheitliche System der Erteilung von Genehmigungen – und die Schwierigkeiten, Informationen über seine praktische Anwendung zu erhalten – unterstreichen die willkürliche und diskriminierende Weise, in der für die Ausübung einer Beschäftigung und eines Berufs so wesentlichen Rechte gewährt oder verweigert werden, ohne daß es irgendwelche Verweise auf erkennbare Regeln oder rechtliche Einspruchsmöglichkeiten gibt.

⁴ Seit der einseitige israelische Abzug am 12. September 2005 abgeschlossen wurde, gibt es innerhalb Gazas keine internen Abriegelungen mehr. Der Zugang auf dem Luft- und Seeweg nach Gaza bleibt aber weiterhin gesperrt. Das gleiche gilt für den Zugang auf dem Landweg, mit Ausnahme an der Übergangsstelle Rafah nach Ägypten, der nur für zivile Fußgänger geöffnet ist. Der Übergang nach Israel oder in das Westjordanland an Kontrollstellen wird streng überwacht oder ist verboten. Die äußerst beschränkten Übergangsmöglichkeiten zwischen dem besetzten syrischen Golan und dem übrigen Teil der Arabischen Republik Syrien werden nachstehend beschrieben.

⁵ Zum Beispiel Al Haq; siehe auch OCHA, 2003: „Weitgehend wird befürchtet, daß ... die Wirkung – wenn nicht sogar die Absicht – der von Israel verhängten Maßnahmen eine kollektive Bestrafung der Zivilbevölkerung war.“

Tabelle 2.1. Interne Abriegelungsmaßnahmen und geschätzte Zahl der betroffenen Erwerbstätigen, nach Verwaltungsbezirken im Westjordanland

Zahl der Abriegelungs- maßnahmen:	Bethlehem	Hebron	Jenin	Jericho	Jerusalem	Nablus	Qalqiliya	Ramallah	Salfit	Tubas	Tulkarem
November 2004	87	197	42	15	47	120	13	96	31	6	26
April 2005	53	181	30	14	43	117	11	93	34	6	23
August 2005	30	132	10	15	34	57	8	60	12	6	12
Januar 2006	33	187	7	14	40	73	8	57	23	7	22
Erwerbstätige (4. Quartal 2005)	35.714	118.243	65.972	14.085	86.420	84.746	24.272	68.783	15.306	15.075	40.984

Quelle: OCHA: *West Bank: Access and Closure*, verschiedene Ausgaben 2005-06; Erwerbstätigenzahlen berechnet nach PCBS, 2006a.

22. Die Gesamtzahl der internen Abriegelungen im Westjordanland ging von 680 im November 2004 auf 604 im April 2005 und 376 bis August 2005 zurück. Dementsprechend ist die Arbeitslosigkeit im Westjordanland von mehr als 22 Prozent Anfang 2005 auf unter 20 Prozent im dritten Quartal zurückgegangen (PCBS 2006a). Im vierten Quartal 2005 jedoch stieg die Zahl der Abriegelungsmaßnahmen um 25 Prozent auf 471 im Januar 2006, wobei die Abriegelungen in Hebron im Süden und in Nablus im Norden besonders stark zunahmen, also in zwei Verwaltungsbezirken mit den Erwerbstätigen im Westjordanland. Im gleichen Zeitraum stieg die Arbeitslosigkeit im Westjordanland erneut auf 21,8 Prozent (ebd.). Der Mission wurde auch berichtet, daß mehrere „fliegende“ Kontrollstellen und andere von Fall zu Fall errichtete Hindernisse im nördlichen Westjordanland insofern zu ständigen Einrichtungen geworden zu sein schienen, als sie in den letzten Monaten täglich errichtet worden seien.

23. Eine weitere Entwicklung der jüngsten Zeit ist die Trennung des Jordantales von anderen Teilen des Westjordanlandes. Mehr als 90 Prozent des Jordantales unterstehen der unmittelbaren Militär- und Verwaltungskontrolle Israels („Gebiet C“ nach den Abkommen von Oslo), mit Ausnahme der Städte Jericho und Al Auja und fünf weiterer Dörfer. Zu beiden Seiten der Straße 90, der wichtigsten Nord-Süd-Verbindung, deren Benutzung allen Palästinensern, die nicht im Jordantal leben, verboten ist, wurden insgesamt 21 Siedlungen errichtet. Für jede palästinensische Bautätigkeit im Gebiet C sind Genehmigungen erforderlich, und da seit 1967 nur sehr wenige solcher Genehmigungen erteilt wurden, mangelt es vielen palästinensischen Gemeinden in diesem Gebiet an elementaren Wasser- und Stromversorgungseinrichtungen. Das Gebiet ist überwiegend von dem fruchtbaren Agrarland abhängig, das zum großen Teil von den Siedlern bebaut oder vom Militär abgesperrt wird.

24. Seit Mai 2005 müssen Palästinenser Personalausweise mit einer Adresse im Jordantal besitzen, um in diesem Gebiet wohnen zu dürfen, andernfalls droht ihnen die Aussiedlung. Seit Oktober 2005 ist es nur Bewohnern des Jordantals gestattet, sich über israelische Kontrollstellen in das Jordantal zu begeben. Dort nicht ansässige Landbesitzer und Arbeitnehmer benötigen für die Einreise eine Sondergenehmigung. Diese erlaubt aber keinen Aufenthalt über Nacht und zwingt somit die Betroffenen zum täglichen Pendelverkehr, und deshalb sind lange Wartezeiten an den Hauptkontrollstellen Hamra und Tayasir, die das Jordantal mit dem restlichen Westjordanland verbinden, häufig⁶. Wartezeiten und umfangreiche Absperrungen machen es auch unmöglich, daß

⁶ OCHA: *Humanitarian Update*, Okt. 2005.

Farmer im Jordantal ihre leicht verderblichen landwirtschaftlichen Erzeugnisse zu anderen Märkten im Westjordanland bringen, was sich unmittelbar auf ihr Haushaltseinkommen auswirkt. Einschränkungen der Bewegungsfreiheit und der Zugangsmöglichkeiten in das Jordantal lassen sich kaum mit Sicherheitserwägungen begründen, da es in den letzten Jahren keine Angriffe gegeben hat, die von diesem Gebiet ausgingen.

Kasten 2.1.
Jiftliq: Eine Bevölkerung unter Druck

Rund 20 000 Palästinenser im Jordantal leben unter der ständigen Belastung, nicht zu wissen, ob ihre Wohnungen am nächsten Tag noch stehen oder abgerissen werden. Es gilt eine ständige Ausgangssperre. Sie leben in Notzelten, unter Wellblech und Plastiksäcken. Im Sommer ist die Hitze unerträglich. Am Tag des Besuchs der Mission regnete es, und nichts war trocken. Sie versuchen, eine Schule zu bauen, damit ihre Kinder nicht die Demütigungen an den Kontrollstellen hinnehmen müssen, wenn sie versuchen, mit dem Bus in die nächsten Dörfer zu fahren, aber sie haben kaum Möbel oder Gerät, die Zelte sind undicht, und sie dürfen Gebäude nicht reparieren. Manchmal haben sie dank der Palästinensischen Behörde Strom, Wasser und Medikamente für die Kinder, doch gehen der Behörde nunmehr die wenigen Ressourcen aus, über die sie bisher noch verfügte. Da sie im Gegensatz zu den wenigen israelischen Siedlern in ihrer Nähe ihre Erzeugnisse wegen der Kontrollstellen und Absperrungen nicht verkaufen können, fehlen den Menschen praktisch alle Lebensgrundlagen. Diese Menschen sind dennoch nicht zur Gewalt geschritten.

„Mit den von der Palästinensischen Behörde bereitgestellten Hilfsmitteln konnten wir den Stand null erreichen. Wir möchten mit ihnen zusammenarbeiten, um das Tal zu entwickeln, aber Israel verhindert alles!“ (Hassan Jarmi, Vorsitzender des Dorfrates Zubeidat, April 2006).

2.2. Die Sperrmauer

25. Trotz des Gutachtens des Internationalen Gerichtshofes vom 9. Juli 2004 und der anschließenden Resolution ES-10/15 der Generalversammlung der Vereinten Nationen, worin eine unverzügliche Einstellung und Umkehr der Bautätigkeiten gefordert wurde, geht die Errichtung der 670 km langen Sperrmauer im Westjordanland in raschem Tempo weiter, wobei bis Oktober 2005 mehr als 60 Prozent ihres Verlaufs im Bau (166 m) oder bereits fertiggestellt (243 km) waren (OCHA, 2006b). Nur 145 km (25,4 Prozent) der gesamten Anlage werden entlang der Waffenstillstandslinie von 1949 (der „Grünen Linie“) gebaut oder geplant, die verbleibenden 525 km (74,6 Prozent) dagegen innerhalb des Westjordanlandes, wobei die Anlage zum Teil tief in das Innere reicht, um große jüdische Siedlungen auf ihrer Westseite zu umschließen (22 km im Fall von Ari'el Emmanuel und 14 km im Fall von Ma'ale Adumim). Einschließlich dieser Siedlungen werden 10,1 Prozent des Westjordanlandes und Ostjerusalems westlich der Anlage liegen (ebd.).

26. Der Verlauf der Mauer ist offensichtlich so angelegt, daß sie etwa drei Viertel der Siedler im Westjordanland und in Ostjerusalem auf ihrer Westseite, und zwar etwa 170.123 Siedler im Westjordanland und mehr als 180 000 aus Ostjerusalem, einbezieht. Gleichzeitig wären 49.400 Palästinenser in 38 Dörfern und Städten innerhalb der „Randzone“ zwischen der Mauer und der Grünen Linie ansässig, und mehr als 500.000 Palästinenser würden weniger als einen Kilometer von der Mauer entfernt leben, wobei viele von ihnen Familienangehörige, Land und/oder Arbeitsplätze auf der anderen Seite hätten. Tatsächlich gehört das Land in der Randzone zum fruchtbarsten im Westjordanland. Darüber hinaus gibt es zwischen der Mauer und der Grünen Linie beträchtliche Wasserressourcen; so wurden beispielsweise die großen Siedlungen von Ari'el und Qedumim

unmittelbar über der westlichen Gebirgswasserschicht errichtet. Nach einem Bericht des Palestine Monitor waren bis März 2005 rund 50 Grundwasserbohrungen und mehr als 200 Zisternen im Westjordanland durch den Bau der Mauer zerstört oder von ihren Besitzern abgetrennt worden. Mehr als 122.000 Menschen hatten dieses Wasser für ihren Haushalts- und Landwirtschaftsbedarf genutzt. Der Bau der Mauer habe auch die Zerstörung von 25 Brunnen und Zisternen und 35.000 Meter Wasserrohren zur Folge gehabt. Gegenwärtig nutzt Israel 73 Prozent der Wasseradern im Westjordanland, die jüdischen Siedlungen im Westjordanland verbrauchen weitere 10 Prozent, und nur 17 Prozent verbleiben für die Palästinenser im Westjordanland (Palestine Monitor, 2005).

27. Der Zugang der Palästinenser zu Land in der Saumzone erfolgt an Übergangsstellen (Landwirtschaftstore und Kontrollstellen) entlang dem Mauerverlauf. Dieser Zugang ist meistens auf bestimmte Zeiten am Tag (und durch die Landwirtschaftstore häufig auf bestimmte Jahreszeiten) beschränkt und setzt eine gültige Genehmigung voraus. OCHA (OCHA 2006b) legt Nachweise für eine Verschärfung des Genehmigungssystems im Jahr 2005 vor, durch die etwa der Anteil der im Verwaltungsbezirk Qalqiliya abgelehnten Genehmigungsanträge von 25 Prozent zu Beginn des Jahres auf 28 Prozent im Juli gestiegen ist. Hinzu kommt, daß eine Genehmigung jetzt weniger häufig aus Sicherheitsgründen abgelehnt wird und die Antragsteller Landbesitz oder eine direkte Beziehung zum Landbesitzer nachweisen müssen, um eine Genehmigung zu erhalten.

Kasten 2.2. Die Isolierung von Bethlehem

Die historische Stadt Bethlehem ist eine Pilgerstätte für Christen, Muslime und Juden. Dem Stadtrat gehören acht Christen und sieben Muslime an, der Bürgermeister ist Christ. Der Tourismus ist traditionell der wichtigste Faktor für die lokale Wirtschaft. Hinzu kommen die Einnahmen bethlehemitischer Arbeitnehmer in Jerusalem und Israel. Traditionell war Bethlehem geistlich, kulturell und wirtschaftlich mit dem nahegelegenen Jerusalem verbunden, und die Einwohner beider Städte konnten ihre heiligen Stätten frei besuchen. Heute wird diese Verbindung durch die Sperrmauer Israels – ein acht Meter hoher Betonwall, der die Stadt auf zwei Seiten umschließt – und vielfältige andere Absperrungen und Sicherheitsmaßnahmen systematisch unterbrochen. Vor Beginn der zweiten Intifada im September 2000 profitierte die Wirtschaft Bethlehems von durchschnittlich etwa 100.000 Touristenbesuchen im Monat. Die Intifada hatte zur Folge, daß diese Zahl drastisch zurückging, da die Touristen durch strenge Abriegelungen abgehalten wurden. Obwohl rechtzeitig zu Weihnachten vorigen Jahres weniger komplizierte Zugangsverfahren für Touristen eingeführt wurden, ist der Bürgermeister von Bethlehem überzeugt, daß der Tourismus heute nur noch 15-20 Prozent seines Volumens vor der Intifada zur Wirtschaft der Stadt beiträgt. Nur sehr wenige Besucher Bethlehems bleiben jetzt über Nacht, deshalb profitiert die Stadt nur in sehr geringem Umfang. Die verbleibenden Hotels in Bethlehem haben so gut wie keine Gäste. Auch Kleinunternehmen wie Souvenirfabriken und -geschäfte haben durch die Abriegelung gewaltig gelitten. Zu dem Niedergang des Tourismus in Bethlehem kommt die Tatsache, daß heute nur noch 5 Prozent der Stadtbewohner, die früher in Israel gearbeitet haben, Genehmigungen erhalten. Die Arbeitslosigkeit ist dramatisch gestiegen, und die Zahl der Auswanderungen nimmt zu. Da andere Beschäftigungsmöglichkeiten fehlen, nehmen heute zahlreiche Universitätsabsolventen Arbeit als Stadtreiniger an.

"Wir leben jetzt in einem großen Gefängnis", Bürgermeister von Bethlehem, April 2006.

28. Im Fall Jerusalem wird die Bewegungsfreiheit von 230.000 Palästinensern, die eine Aufenthaltsgenehmigung für Ostjerusalem besitzen, – von denen etwa ein Viertel künftig östlich der Mauer leben werden – durch die Mauer stark beeinträchtigt werden. Palästinenser aus dem Westjordanland, die keinen Jerusalemer Personalausweis besitzen, benötigen nunmehr eine Genehmigung, um Jerusalem zu betreten, und dürfen von den

zwölf bestehenden Straßen und Übergängen vom Westjordanland aus nach Jerusalem nur die vier neuen Mauerübergänge in die Stadt benutzen (Qalandiya, Shu'fat Camp, Ras Abu Sbeitan und Gilo). Diese Mauerübergänge sind größere Bauwerke mit umfangreichen Sicherheitskontrollen für Fußgänger und Fahrzeuge und machen es notwendig, daß Fahrer mindestens einmal während des Übergangs anhalten und ihr Fahrzeug verlassen. Das mühsame Verfahren für die Beantragung einer Genehmigung und die neuen Verfahren beim Übergang werden die Reisezeit und die Kosten für jene Palästinenser beträchtlich erhöhen, die eine Genehmigung für eine Reise nach Jerusalem erhalten, was den Zugang der Palästinenser zur Stadt, sei es zur gesundheitlichen Betreuung, zum Besuch von Bildungsanstalten oder religiösen Stätten oder zum Zweck einer Tätigkeit, beträchtlich erschweren wird.

2.3. Gaza und die externe Abriegelung

29. Der einseitige Abzug Israels aus dem Gazastreifen begann am 15. August 2005 und war am 12. September abgeschlossen. Er markierte das Ende der israelischen Präsenz im Gazastreifen, die seit dem Sechstagekrieg 1967 andauert hatte. Der Abzug bedeutete auch das Ende aller israelischen Behinderungen der Bewegungsfreiheit von Palästinensern im Gazastreifen. Der Aufhebung der internen Abriegelungen wird der Rückgang der Arbeitslosigkeit im Gazastreifen von 34 Prozent im ersten Quartal 2005 auf 28,2 Prozent im vierten Quartal zugeschrieben (PCBS, 2006a).

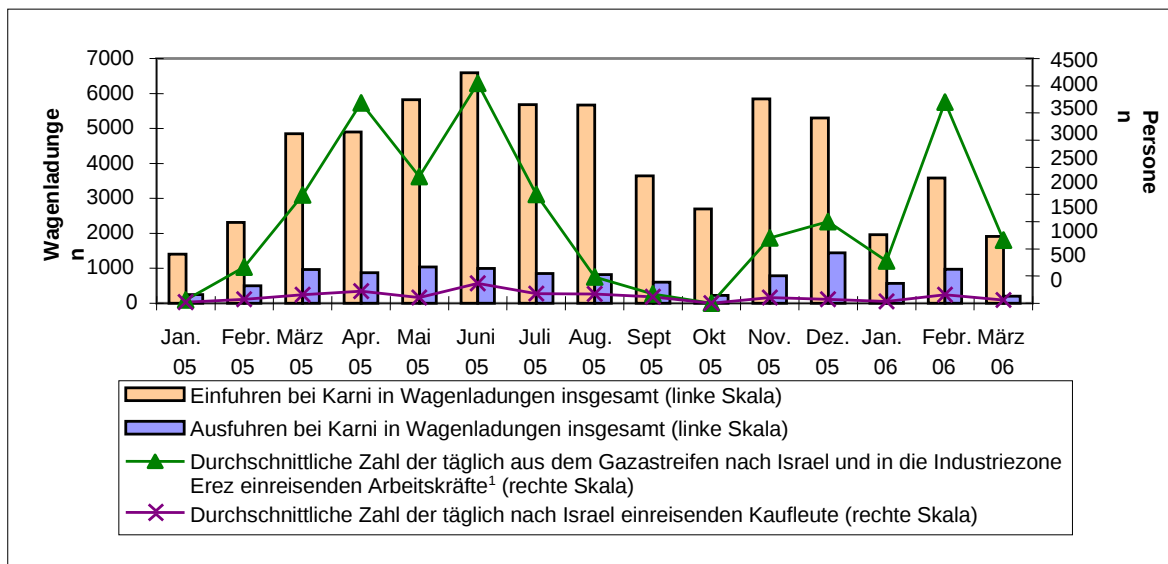
30. Der Waren- und Personenverkehr aus dem Gazastreifen heraus wird jedoch auch nach dem Abzug noch streng überwacht, und in den letzten Monaten ist es zu einer Verschärfung der externen Abriegelung des Gebiets gekommen. Am 15. November 2005 trafen die Regierung Israels und die Palästinensische Behörde eine Vereinbarung über Bewegungsfreiheit und Zugang, „um die friedliche Wirtschaftsentwicklung zu fördern und die humanitäre Lage an der Basis zu verbessern“. Die Hauptelemente der Vereinbarung betrafen die Errichtung einer internationalen Übergangsstelle bei Rafah an der Grenze zwischen Gaza und Ägypten, an der die Palästinensische Behörde die Aus- und Einreise von Personen überwachen sollte, die Steigerung der palästinensischen Ausfuhren über Karni durch die Abfertigung von täglich 150 Lastwagenladungen und die Erleichterung von Reisen in und zwischen dem Westjordanland und dem Gazastreifen. Bisher sind bei der Umsetzung dieser Vereinbarung allerdings nur geringe Fortschritte erzielt worden. Der Personenübergang Rafah ist zwar tatsächlich der gemeinsamen palästinensisch-ägyptischen Kontrolle übertragen worden, mit einigen EU-Überwachern an der Grenze, die Öffnungszeiten wurden verlängert und die Zahl der Grenzgänger ist gestiegen, aber an den wichtigsten Übergängen nach Israel bei Erez (für Personen) und Karni (für Waren) wurden strenge Einschränkungen und umfassende Absperrungen eingeführt. Außerdem gab es keine weiteren Gespräche über die in der Vereinbarung vorgesehenen Autobuskonvois zwischen dem Gazastreifen und dem Westjordanland und ebenso wenig über die Wiedereröffnung des Flughafens Gaza, und die Fischerei bleibt auf zehn Seemeilen vor der Küste des Gazastreifens beschränkt, während nach den Abkommen von Oslo 20 Seemeilen vorgesehen waren.

31. Seit dem Abzug erfolgen die meisten Einfuhren in den Gazastreifen und alle Ausfuhren über die Übergangsstelle Karni⁷, wobei die Waren (ebenso wie innerhalb des Westjordanlandes) von Lastwagen zu Lastwagen umgeladen werden müssen. Dieses von den Israelis erzwungene Transportsystem erhöht die Kosten und verlängert die Wartezeiten, beeinträchtigt die Wettbewerbsfähigkeit und Planung und verhindert die Einfuhr

⁷ Nur für Einfuhren in den Gazastreifen gibt es weitere Übergangsstellen.

billiger Produktionsfaktoren⁸. Unvorhersehbare und immer häufigere Absperrungen der Übergangsstelle Karni durch die Israelis, die angeblich zu Sicherheitszwecken erfolgen⁹, haben starke Schwankungen und eine generelle Verminderung des Zugangs von Gaza zu externen Märkten zur Folge gehabt (Abbildung 2.1). Die monatlichen Einfuhren in Wagenladungen bei Karni waren in den Monaten nach dem Abzug regelmäßig geringer als vor dem September 2005. Auch die Ausfuhren über Karni in Wagenladungen, die nur einen Bruchteil der Einfuhren ausmachen, haben in diesem Zeitraum weiter geschwankt. Im Dezember 2005 erreichten sie mit 1.445 Wagenladungen einen Höchstwert, während im März 2006 mit 199 Wagenladungen ein absoluter Tiefpunkt zu verzeichnen war. Anfang 2006 begründeten die israelischen Streitkräfte die ausgedehnten Absperrungen bei Karni mit Geheimdienstberichten über einen möglichen Tunnel zu der Übergangsstelle. Trotz enger Zusammenarbeit der Palästinensischen Behörde mit den israelischen Behörden konnte ein solcher Tunnel nicht entdeckt werden, dennoch wird die Übergangsstelle nur sporadisch geöffnet. Zur Verschärfung der humanitären Krise, die sich entwickelte, als im Gazastreifen die eingeführten Grundnahrungsmittel zur Neige gingen, trugen die wirtschaftlichen Folgen der Absperrungen bei, die einen drastischen Rückgang der Ausfuhren zur Folge hatten. Die Unfähigkeit palästinensischer Exporteure, Lieferfristen einzuhalten, und an den gesperrten Übergangsstellen verfaulende leicht verderbliche Landwirtschaftserzeugnisse (auf die der Großteil der Ausfuhren aus dem Gazastreifen entfällt) machen deutlich, in welchem Umfang die Absperrungen die Aussichten auf einen nachhaltigen Wirtschaftsaufschwung beeinträchtigen. Selbst für die Zeit vor den jüngsten Absperrungen stellte ein Bericht von Amnesty International aus dem Jahr 2003 fest, daß „palästinensische Erzeugnisse häufig Wartezeiten an den Grenzen und in israelischen Häfen hinnehmen mußten, was ihre Kosten erhöhte und ihre Wettbewerbsfähigkeit auf externen Märkten verminderte“ (Amnesty International, 2003).

Abbildung 2.1. Bewegungsfreiheit in Gaza: Waren und Personen



¹ Die Industriezone Erez ist infolge des Abzugs der Israelis seit dem 11. September 2005 nicht mehr in Betrieb.
Quelle: OCHA-Datenbank, 2006.

⁸ So mußten etwa vor September 2000 palästinensische Erzeuger 100 bis 150 Schekel zahlen, um ihre Erzeugnisse auf palästinensischen Lastwagen von Nablus nach Ramallah zu transportieren. Der Transport der gleichen Menge kostet heute für die gleiche Entfernung 600 bis 700 Neue Israelische Schekel (PalTrade, 2005).

⁹ Der Koordinator für Regierungstätigkeiten in den Gebieten versicherte, daß die Übergangsstelle Karni nicht aus politischen Gründen geschlossen sei, sondern infolge konkreter Sicherheitswarnungen (COGAT, 2006).

32. Auch bei den Bewegungen von Arbeitskräften über Erez ist seit dem dritten Quartal 2005 ein ähnlicher Rückgang zu verzeichnen, was auf die Intensität des Systems der externen Abriegelungen und die Schließung der Industriezone Erez zurückzuführen ist, wo seit dem Rückzug alle Tätigkeiten eingestellt wurden. Die interne und externe Gewalt nach dem Rückzug hat die Investitionsfähigkeiten im Gazastreifen stark eingeschränkt, so daß die aus Israel vertriebenen Arbeitnehmer nicht absorbiert werden können. Der weiterhin fehlende Zugang von Arbeitskräften (und Waren) aus dem Gazastreifen zu externen Märkten macht die durch die Aufhebung der internen Abriegelungen bewirkten Verbesserungen zunichte und dürfte sie sogar überwiegen¹⁰. Der Mission wurde berichtet, daß Arbeitsplatzverluste unter den Männern die Ursache dafür sind, daß Frauen in Gaza wesentlich mehr Mikrokredite beantragen.

Kasten 2.3.

Humanitäre Hilfe des IKRK und Lebensgrundlagen

In Ausübung seines Mandats hat das Internationale Komitee vom Roten Kreuz Menschen in den besetzten Gebieten geholfen, Tätigkeiten aufzunehmen und auszuüben, die es ihnen ermöglichen, sofern sie die Erlaubnis hierzu erhalten, für ihren Lebensunterhalt zu arbeiten und sich selbst zu ernähren, ohne auf Hilfe angewiesen zu sein.

Im Gazastreifen, wo die Fischerei ein wichtiges Segment der Wirtschaft bildet, hilft das IKRK Fischern aus Khan Younis und Rafah, ihre Boote instand zu setzen. Es unterstützt ferner die Reparatur von Gewächshäusern durch Farmer, die vor den israelischen Vorstößen bei Rafah geflohen sind oder wegen der Einschränkungen ihrer Bewegungsfreiheit und militärischer Operationen ihre Erzeugnisse nicht absetzen konnten. Nach Ansicht des IKRK wird die Wirtschaft noch Jahre bis zu ihrer Erholung benötigen, auch nach dem Rückzug der Israelis.

Im besetzten syrischen Golan hilft das IKRK Apfelanbauern beim Absatz ihrer Erzeugnisse in der Arabischen Republik Syrien, indem es diese durch eine Zone transportiert, die für die Erzeuger selbst abgeriegelt ist.

2.4. Verluste an Menschenleben durch den Konflikt

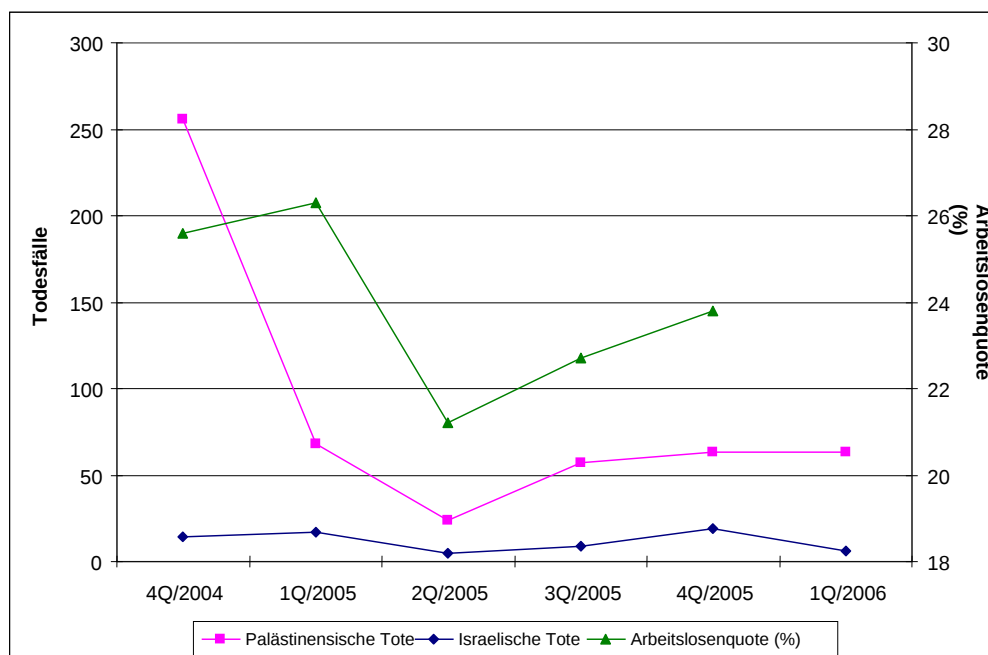
33. Die militärische Besetzung und der dadurch entstandene Konflikt zwischen Israel und den Palästinensern forderten auf beiden Seiten zahlreiche Tote und Verletzte, vor allem seit dem Beginn der zweiten Intifada im September 2000. Die Zahl der Todesopfer, die der Konflikt fordert, ist ein Hinweis auf seine Intensität.

34. Human Rights Watch weist in seinem Bericht 2005 darauf hin, daß die israelischen Streitkräfte weniger als 10 Prozent der palästinensischen Todesfälle, die seit September 2000 durch die Armee verursacht wurden, strafrechtlich untersucht haben, womit eine Kultur der Straflosigkeit gefördert wurde (Human Rights Watch, 2006). Die wahllose Tötung israelischer Zivilisten durch palästinensische bewaffnete Gruppen und Selbstmordattentäter wird von den Vereinten Nationen, Human Rights Watch und auch von Präsident Abbas nachdrücklich verurteilt. Die israelische Armee hat seit dem 29. September 2000 (bis zum 10. April 2006) 3.300 palästinensische Zivilisten getötet, darunter 690 Kinder, und die Palästinenser haben im gleichen Zeitraum 699 israelische Zivilisten getötet (B'Tselem, 2006).

¹⁰ Wegen der Abriegelungen leiden einige Unternehmen unter sehr hohen Abwesenheits- und Fluktuationsraten, was ständige überhastete Neueinstellungen (manchmal auf Kosten der Qualifikationen und Fertigkeiten) und zusätzliche Ausbildungsbemühungen erfordert. Natürlich bedeutet das für die Unternehmen zusätzliche Kosten, die die Qualität ihrer Dienstleistungen und ihre Wettbewerbsfähigkeit beeinträchtigen.

35. Wie die Abbildung 2.2 zeigt, war die Zahl der zivilen und militärischen israelischen Todesfälle, die von 38 im vierten Quartal 2003 auf 14 im vierten Quartal 2004 zurückgegangen war, 2005 etwa gleich hoch und sogar etwas niedriger und erreichte im vierten Quartal einen Höchstwert von 19, woraufhin sie im ersten Quartal 2006 wieder auf 6 zurückging (ebd.). Die Zahl der palästinensischen Todesfälle war zwar immer noch wesentlich höher als die Zahl der israelischen Todesfälle, jedoch im ersten Halbjahr 2005 deutlich niedriger als die in jedem Quartal 2004 verzeichneten 150 bis 250 Todesfälle. Gleichzeitig sank die Arbeitslosigkeit bei den Palästinensern um fünf Prozentpunkte. Im zweiten Halbjahr 2005 stiegen die Zahl der Todesfälle und die Arbeitslosigkeit bei den Palästinensern wieder an, blieben jedoch unter dem Niveau von 2004.

Abbildung 2.2. Todesfälle und palästinensische Arbeitslosigkeit



Quelle: B'Tselem, 2006; PCBS, 2006a-

36. Die israelischen Streitkräfte melden von Palästinensern durchgeführte Angriffe und weisen auf die Zahl der verhinderten Aktionen hin ¹¹. Danach wurden von Oktober 2000 bis November 2004 135 Selbstmordattentate begangen, aber 431 verhindert. Zwischen Oktober 2000 und März 2006 wurden von Gaza rund 300 selbstgebastelte Raketen nach Israel geschossen, vor allem auf die Stadt Sderot. Im April 2006 (bis einschließlich 22. April) wurden weitere 81 Raketen Richtung Israel abgeschossen.

37. Der parallele Verlauf der Arbeitslosigkeit und der Todesfälle unter den Palästinensern untermauert die Ansicht, daß die wirtschaftliche Lage in den besetzten Gebieten untrennbar mit dem Konflikt gekoppelt ist. Eine verstärkte Intensität des Konflikts, die ihren Niederschlag in höheren Todeszahlen findet, senkt das Niveau der wirtschaftlichen Tätigkeit, was wiederum in einer höheren Arbeitslosigkeit zum Ausdruck kommt.

¹¹ Informationen unter www1.idf.il. Vom 1. Januar bis 25. April 2006 wurden 90 Angriffe abgewehrt (COGAT, 2006).

38. Eine Intensivierung des Konflikts und vermehrte Abriegelungen bedeuten auch für palästinensische Frauen eine verstärkte wirtschaftliche und psychologische Belastung, weil sie nicht nur nach wie vor in erster Linie für die Führung des Haushalts und die Betreuung von Familienmitgliedern verantwortlich sind, sondern darüber hinaus auch in zunehmendem Maß einer informellen Beschäftigung nachgehen oder eine selbständige Tätigkeit ausüben, um zum Haushaltseinkommen beizutragen.

39. Externe Abriegelungen der Gebiete bestimmen die Zahl der palästinensischen Arbeitnehmer, die sich nach Israel begeben, und das Volumen des Handels zwischen dem Westjordanland und dem Gazastreifen einerseits und Israel und der restlichen Welt andererseits. Die internen Abriegelungen im Westjordanland beeinträchtigen die Wirtschafts- und Beschäftigungsmöglichkeiten zusätzlich und haben beträchtliche humanitäre Auswirkungen. Indem sie den Handel und die freie Bewegung von Arbeitskräften einschränken, bewirken die Abriegelungen eine Verminderung der Haushaltseinkommen und erzwingen eine Einschränkung des Konsums, die sich wiederum bei den lokalen Unternehmen bemerkbar macht. Verluste an Arbeitsplätzen und Einkommen steigern die Arbeitslosigkeit und die Armut und zwingen die Palästinenser zu Behelfsmaßnahmen, die nicht dauerhaft sein können, wie etwa der Einschränkung des Konsums, der verstärkten Inanspruchnahme von Krediten und Hilfsgütern und sogar der Veräußerung von Vermögenswerten. Hinzu kommt, daß zum Ausgleich des durch die Einschränkungen von Reisen nach Israel und innerhalb des Westjordans bedingten Einbruchs die in Israel und den Siedlungen verlorengegangenen Arbeitsplätze zunehmend durch „lokale Arbeitsplätze“ ersetzt wurden, die eine unbezahlte Arbeit in Familienunternehmen und/oder eine selbständige Tätigkeit bedeuten. In allen Wirtschaftssektoren ist ein anhaltender Übergang von der unselbständigen zur selbständigen Beschäftigung festzustellen¹². Für dieses neue Muster einer „Lokalisierung des Handels“ (UNSCO, 2005) ist das Entstehen neuer Geschäfte und Dienstleistungsbetriebe kennzeichnend, die nunmehr lokal in Anspruch genommen werden können und die traditionellen städtischen Zentren ersetzen, die nicht mehr erreicht werden können. Andererseits zeigen die jüngsten Erfahrungen, daß sich bei einer Lockerung der Abriegelungsmaßnahmen die Wirtschafts- und Sozialindikatoren verbessern.

2.5. Siedlungen: Ausweitung und Evakuierung

40. Der Bau von Häusern und sonstigen Infrastruktureinrichtungen auf besetztem arabischen Land zur ausschließlichen Nutzung durch die jüdische Bevölkerung ist einer der strittigsten Aspekte des Konflikts. Der Friedensnobelpreisträger Jimmy Carter schrieb hierzu vor kurzem: „Das alles überragende Hindernis für den Frieden ist die Kolonisierung Palästinas durch Israel“ (Haaretz, 2006).

41. Am 12. September 2005 schloß die israelische Armee die Evakuierungen aus dem Gazastreifen ab, in denen etwa 9.000 Siedler gelebt hatten. Alle israelischen Militärs Streitkräfte wurden aus dem Gazastreifen abgezogen. Damit endeten nach der Auffassung der Streitkräfte 38 Jahre militärischer „Präsenz“ im Gazastreifen (IDF, 2005).

¹² Nach den Arbeitsmarktdaten des PCBS stieg die selbständige Beschäftigung zwischen dem vierten Quartal 1999 und dem vierten Quartal 2003 von 38,6 auf 42 Prozent. Aus den Ergebnissen der PCBS-Betriebserhebung 2004 ging ferner hervor, daß die Gesamtzahl der Betriebe von 1997 bis 2004 um 18,2 Prozent gestiegen war.

42. Gleichzeitig jedoch gingen der Bau und die Ausweitung von Siedlungen im Westjordanland weiter, und Ende 2005 wurde die Zahl der Siedler dort auf 248.000 geschätzt, was einen Anstieg um 12.000 gegenüber 2004 bedeutet (Tabelle 2.2). Parallel zu dem Rückzug aus dem Gazastreifen wurden vier kleinere Siedlungen im nördlichen Westjordanland evakuiert.

Tabelle 2.2. Israelische Siedlungen in besetzten arabischen Gebieten

	1995	2000	2002	2004	2005 ⁴
Westjordanland ¹					
Bevölkerung (in tausend)	129,2	191,6	212,9	235,7	248,0
Zahl der Siedlungen	122	122	123	123	119
Siedler in % der Gesamtbevölkerung des Gebietes		9,5		10,2	
Gazastreifen ¹					
Bevölkerung (in tausend)	5,0	6,7	7,3	8,2	0
Zahl der Siedlungen	16	16	16	16	0
Siedler in % der Gesamtbevölkerung des Gebietes		0,6		0,6	0
Ostjerusalem ³					
Bevölkerung (in tausend)		172,3		175,6 ⁵	
Zahl der Siedlungen	n.v.	14		14	n.v.
Siedler in % der Gesamtbevölkerung des Gebietes				45,0	
Golan ²					
Bevölkerung (in tausend)	13,0	15,1	15,5	16,1	16,4
Zahl der Siedlungen	31	32	32	32	
Siedler in % der Gesamtbevölkerung des Gebietes	42,9			42,5	

Anmerkungen: n.v.: nicht verfügbar. ¹ Vom Statistischen Zentralamt als „Israelis in jüdischen Ortschaften“ und „jüdische Ortschaften“ bezeichnet. ² Vom Statistischen Zentralamt als „Gesamtbevölkerung“ bezeichnet und nach Konfession eingestuft. ³ Bevölkerung nach Konfession eingestuft. ⁴ IAA-Schätzungen. ⁵ Zahlen für 2003.

Quellen: Statistisches Zentralamt: *Statistical Abstract of Israel*, verschiedene Jahre, Tabelle 2.7; die Angaben für Ostjerusalem stammen vom Jerusalem Institute for Israel Studies; *Statistical Yearbook of Jerusalem*, 2005.

43. Im Zeitraum 2000-2004 wuchs die Siedlerbevölkerung im Westjordanland im Durchschnitt um jährlich 5,3 Prozent, verglichen mit einem Anstieg der Gesamtbevölkerung Israels um 1,9 Prozent. Ende 2004 entsprach die Zahl der Siedler im Westjordanland einem Zehntel der Palästinenser im Westjordanland und 3,4 Prozent der Bevölkerung Israels. Im besetzten syrischen Golan machten Siedler 43 Prozent der Gesamtbevölkerung aus. Ihre Zahl erhöhte sich im Zeitraum 2000-2004 um 1,6 Prozent.

44. Unter dem Schutz der israelischen Armee nutzen die Siedlungen Land und Wasser für den Bau von Häusern, Straßen und Infrastruktureinrichtungen sowie für den landwirtschaftlichen Anbau. Siedlungen innerhalb der besetzten Gebiete verletzen eine Reihe von Sicherheitsratsresolutionen (wie etwa die Resolution 465 vom 1. März 1980), in der Israel aufgefordert wird, „die bestehenden Siedlungen abzureißen und insbesondere dringend die Errichtung, den Bau und die Planung von Siedlungen in den seit 1967 besetzten arabischen Gebieten, darunter Jerusalem, einzustellen“. Auch im Fahrplan vom 30. April 2003 wurde das „Einfrieren“ jeglicher Ausweitung der Siedlungen, einschließlich ihres natürlichen Wachstums, gefordert.

45. Im Gegensatz hierzu sind die Siedlungen flächen- und bevölkerungsmäßig ausgeweitet worden. Aus Daten, die Israel über die „Bautätigkeit in jüdischen Ortschaften“ im Gazastreifen und im Westjordanland veröffentlicht hat, geht ein anhaltend hohes Tempo der Bautätigkeiten hervor. Ende 2005 befanden sich rund 3.500 Wohnungen im Bau, was nur einen leichten Rückgang gegenüber 2004 bedeutete (Tabelle 2.3). Siedlungen im Westjordanland und im besetzten syrischen Golan werden von der Regierung Israels stark subventioniert. Bautätigkeiten werden in erster Linie durch Investitionen der öffentlichen Hand finanziert (62 Prozent im Jahr 2005), ganz im Gegensatz zur Situation in Israel, wo genau das Gegenteil festzustellen ist. Die Regierung Israels subventioniert in hohem Maß den Wohnungsbau und öffentliche Dienste in den Siedlungen.

Tabelle 2.3. Bau von Wohnungen in jüdischen Ortschaften in den besetzten palästinensischen Gebieten

	2003	2004	2005
Bauten fertiggestellt	2.376	1.723	1.729
Bauten begonnen	2.057	1.921	1.666
Zum Ende des Zeitraums in Bau	4.101	4.014	3.538

Anmerkung: Angaben ab August 2005 ohne Gaza.
 Quelle: Statistisches Zentralbüro (Israel): *Monthly Bulletin of Statistics*, Nr. 3/2006, Tabelle 0/4.

46. Für die palästinensische und arabische Bevölkerung hat dies Auswirkungen in dreifacher Hinsicht. Erstens weist die Besatzungsmacht den Siedlern Land und Wasser zur Nutzung zu. Zweitens macht das ständig größer werdende Straßennetz, das die Siedlungen miteinander und mit Israel verbindet und dessen Benutzung der palästinensischen Bevölkerung meistens verboten ist, den Verkehr im Westjordanland für die dort ansässige Bevölkerung zunehmend schwierig. Drittens schränken Siedlungen, Straßen für Siedler und Militärzonen die Ausweitung palästinensischer und arabischer Dörfer, Städte und Gebiete ein.

47. Die Situation wird ferner dadurch erschwert, daß die Sperrmauer um die größeren Siedlungsblöcke herum, statt entlang der Waffenstillstandslinie von 1947 (der sogenannten „Grünen Linie“) errichtet wird. Es wird geschätzt, daß drei Viertel der Siedler im Westjordanland westlich der Mauer leben werden (Peace Now, 2006). Der Verlauf der Mauer um die größeren Siedlungen herum schwächt das Argument, daß ihr Hauptzweck darin besteht, Angriffe auf Israel vom Westjordanland aus zu verhindern.

48. Wie das Außenministerium der Vereinigten Staaten festgestellt hat, gehen von Siedlern immer wieder Gewalttätigkeiten gegen palästinensische Zivilisten und ihr Hab und Gut aus¹³. In seinem Bericht an die Generalversammlung der Vereinten Nationen stellt der Sonderberichterstatter der Menschenrechtskommission fest, daß Siedler, die Gewalttätigkeiten gegen palästinensische Zivilisten verüben, selten verfolgt werden, was darauf hindeutet, daß sie eine gewisse Straflosigkeit genießen (United Nations, 2005).

¹³ „Tötungen durch palästinensische und israelische Sicherheitskräfte und israelische Siedler und palästinensische militante Gruppen stellten nach wie vor ein ernstes Problem dar“ (United States Department of State, 2005).

2.6. Diskriminierung im besetzten Ostjerusalem

49. In dem von Israel 1967 einseitig annektierten Ostjerusalem ging die Besiedlung weiter. 2003 wurde die Zahl der Siedler mit 176 000 veranschlagt, das sind 45 Prozent der Gesamtbevölkerung Ostjersalems. Durch den Bau der Sperrmauer wird Ostjerusalem vom restlichen Westjordanland isoliert. Um dies zu erreichen, werden verschiedene Maßnahmen angewandt. Wohngenehmigungen werden nur in geringer Zahl verlängert. Das Betreten Jerusalems wird immer stärker auf vier Hauptzufahrten beschränkt. Bewohnern des Westjordanlandes wird nach und nach jede Möglichkeit genommen, in Jerusalem, Arbeitsplätze, Universitäten und Dienstteinrichtungen aufzusuchen. Familien mit unterschiedlichen Genehmigungen werden getrennt. Die Ausweitung der Siedlungen um Ostjerusalem mit direkten Straßenverbindungen in die Stadt wird bedeuten, daß in den Stadtgrenzen eine größere israelische Bevölkerung lebt, während Palästinenser ausgeschlossen bleiben. In Frage gestellt wird dadurch auch der territoriale Zusammenhang zwischen dem Norden und dem Süden des Westjordanlandes sowie zwischen Ostjerusalem und dem Westjordanland. Die Internationale Krisengruppe hat festgestellt, daß diese Entwicklungen eine tragbare Zweistaatenlösung und die eigene Sicherheit Israels gefährden (Internationale Krisengruppe, 2005).

50. Innerhalb Ostjersalems werden Palästinenser (230.000 Ende 2004) mit Jerusalemer („blauen“) Personalausweisen im Zusammenhang mit dem Zugang zu Wohnungen und Land und der Erteilung von Baugenehmigungen, durch regelmäßige Enteignungen sowie bei der Bereitstellung von öffentlichen Diensten und Infrastruktureinrichtungen in hohem Maß diskriminiert. In einer jüngsten Studie wird geschätzt, daß die Ausgaben für Dienstleistungen für einen jüdischen Einwohner Jerusalems viermal so hoch sind wie jene für einen arabischen Einwohner ¹⁴.

51. Gemessen an den Normen und Rechten der IAO gibt es in reichem Maße Hinweise auf Diskriminierungen im Zusammenhang mit dem Zugang zu Beschäftigung und Beruf ¹⁵. Diese Diskriminierungen beruhen offensichtlich auf der Konfession, der ethnischen Zugehörigkeit, der politischen Meinung, der Nationalität und der sozialen Herkunft und stehen im Widerspruch sowohl zum Übereinkommen (Nr. 111) über Diskriminierung (Beschäftigung und Beruf), 1958, als auch zur Erklärung über grundlegende Prinzipien und Rechte bei der Arbeit.

2.7. Der besetzte syrische Golan

52. Die Lage der syrischen arabischen Bevölkerung im besetzten syrischen Golan hat sich seit der Beurteilung im Jahr 2005 nicht verbessert, und die Diskriminierung der arabischen syrischen Bewohner der fünf Dörfer im Golan dauert an.

53. Ursprünglich waren 80 Prozent der Bevölkerung in der Landwirtschaft tätig, die das Rückgrat der Wirtschaft in dieser Region bildete. Gegenwärtig ist die Landwirtschaft nicht mehr die einzige Einnahmequelle, weil die Landwirtschaftskrise Kinder der Landwirte gezwungen hat, andere Beschäftigungsmöglichkeiten zu suchen, z.B. als Lohnarbeiter in Israel, oder sich zu Ingenieuren, Ärzten oder Lehrern ausbilden zu lassen. Heute sind nur rund 10 Prozent der syrischen arabischen Bevölkerung im besetzten syrischen Golan Vollzeitlandwirte, 60 Prozent sind Teilzeitlandwirte und gehen daneben einer anderen Beschäftigung nach, während 60 Prozent sonstige nichtlandwirtschaftliche

¹⁴ Meir Margalit: *Discrimination in the Heart of the Holy City* (International Peace and Co-operation Center 2006), zitiert in *The Economist*, "The last conquest of Jerusalem, 15.Apr. 2006.

¹⁵ Siehe OCHA *Humanitarian Update*, Febr. 2006.

Tätigkeiten ausüben¹⁶. Arbeitnehmer, die sich selbst als Syrer bezeichnen, genießen nach wie vor keinerlei soziale Sicherheit und keinen sozialen Schutz für sich selbst und ihre Angehörigen. Sie werden auch in Bezug auf den Zugang zu einer Beschäftigung und die Löhne diskriminiert und müssen ständig damit rechnen, von israelischen Arbeitgebern willkürlich entlassen zu werden.

54. Im Jahr 2005 wurden 5.000 Tonnen Äpfel über die Grenze zu Märkten in der Arabischen Republik Syrien transportiert. Der Transport erfolgte mit IKRK-Fahrzeugen, wobei an der Grenze von einem Lastwagen auf einen anderen umgeladen wurde. Das gleiche Verfahren ist auch 2006 angewandt worden, und die Lieferungen stiegen auf 10.000 Tonnen, bei einer geschätzten Jahresproduktion von 40.000 Tonnen. Die Israelis erleichtern dieses Verfahren. Auch die Preise der Äpfel sind 2006 um 30 Prozent gestiegen, decken aber nach wie vor kaum die Erzeugungskosten.

55. Die einseitig festgelegten Grenzen zur Arabischen Republik Syrien bleiben das ganze Jahr über geschlossen und werden nur in sehr beschränkten Fällen geöffnet, nämlich für Pilgerbesuche, Studenten, die an syrischen Universitäten studieren, und den Transport von Äpfeln durch das IKRK.

56. Die Schlacht um Ressourcen im besetzten syrischen Golan tobt nach wie vor überall. Nachdem die israelischen Gerichte 2005 nach einem 20jährigen Rechtsstreit 400 Dunam (40 Hektar) Land zurückgegeben hatten, gab es einen weiteren Erfolg, indem nach zehnjährigen rechtlichen Auseinandersetzungen 43 von insgesamt 350 Dunam zurückgegeben wurden. Die Diskriminierung bei der Zuteilung von Wasserressourcen und Infrastruktureinrichtungen zur Kultivierung des Landes zugunsten israelischer Siedler, die hohe Subventionen für Land und Wasser erhalten, dauert jedoch an. Um syrische arabische Farmer von ihrem Land zu vertreiben, wird darüber hinaus arabischer Grundbesitz von den israelischen Behörden ständig angefochten, was zur Folge hat, daß das Land von den Regierungsbehörden umgepflügt und beansprucht wird (siehe IAA, 2005). In jüngster Zeit haben die israelischen Behörden eine neue Methode entwickelt, um Land zu beschlagnahmen, indem sie es nämlich zu einem „Naturreservat“ erklären und den Farmern seine Bebauung verbieten (so wurden beispielsweise in Ein Quineyye 1.000 Dunam zum Naturreservat erklärt). Ferner werden jüdischen Siedlern Sonderbedingungen geboten, damit sie ihren Wohnsitz in dieser Region aufnehmen (so wird beispielsweise im Gebiet Qatzrin ein Dunam Land für 250 NIS verkauft).

57. Die Behörden der Arabischen Republik Syrien haben auch diesmal wieder über die Vernichtung von Obstbäumen berichtet, die syrischen arabischen Farmern gehörten, sowie über die Lagerung von Nuklearabfall an 20 Stellen, vorwiegend in Nashah auf dem Berg Hermon, was die Fruchtbarkeit des Bodens und die Gesundheit der darauf lebenden Menschen und Tiere gefährdet (Gouverneur von Qûneitra, 2006).

58. Die syrischen Behörden erbaten Maßnahmen der technischen Zusammenarbeit von Seiten der IAO, um für die arabische Bevölkerung im besetzten syrischen Golan mehr menschenwürdige Arbeit bieten zu können. Sie wünschten ferner eine systematischere und eingehender Behandlung des Berichts des Generaldirektors an die Internationale Arbeitskonferenz und die Entwicklung eines Anschlußverfahrens, das der IAO die Zusammenarbeit mit anderen internationalen Organisationen bei der Gestaltung technischer Programme ermöglichen würde, um die Rechte der betreffenden Arbeitgeber und Arbeitnehmer in Übereinstimmung mit internationalen Arbeitsnormen sicherzustellen.

¹⁶ Alle Zahlenangaben in diesem Abschnitt wurden von Mitgliedern der syrischen arabischen Gemeinde des besetzten syrischen Golans in den Gesprächen mit der IAA-Mission am 2. April 2006 gemacht.

3. Eine Wirtschaft unter Besatzung

59. In früheren Berichten über die Lage der Arbeitnehmer der besetzten arabischen Gebiete (IAA, 2005, Absatz 52) stellte die IAO ebenso wie andere internationale Beobachter (Weltbank, 2003, OCHA 2006c; Vereinte Nationen, 2005) fest, daß die eigentliche Ursache der tiefen Krise der palästinensischen Wirtschaft im engmaschigen System externer und interner Abriegelungen zu finden ist, die von der Besatzungsmacht vorgenommen werden und sich auf weite Bereiche des Lebens, der Wirtschaftstätigkeit und des Landes der Palästinenser erstrecken. So stellt die Weltbank im Dezember 2005 folgendes fest: „Die Unfähigkeit der palästinensischen Wirtschaft, ihr volles Produktionspotential zu entfalten, ist an erster Stelle auf Einschränkungen der Bewegungsfreiheit von Menschen und Einschränkungen des Güterverkehrs zurückzuführen“ (Weltbank, 2005, Absatz 29). Im April 2006 stellte die IAA-Mission fest, daß diese Einschätzung nichts an Gültigkeit verloren hat.

60. Vielfältige Einschränkungen der Bewegungsfreiheit der Palästinenser und des Güterverkehrs innerhalb des Westjordanlandes, zwischen dem Westjordanland und Gaza sowie zwischen den Gebieten und Israel und der Außenwelt stellen eine offene Diskriminierung dar und behindern die Ausübung der grundlegenden Menschenrechte im Wirtschafts-, Sozial- und Arbeitsbereich.

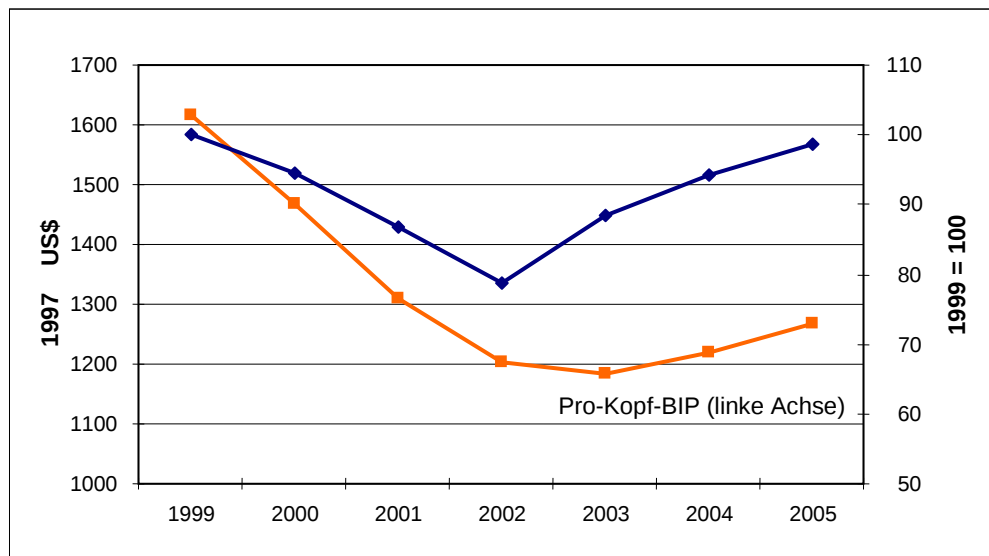
3.1. Der Wirtschaftsaufschwung verliert an Kraft

61. Der nach dem Konjunkturtief von 2002 und 2003 im Jahr 2004 begonnene Wirtschaftsaufschwung setzte sich 2005 fort. Der Anstieg der Wirtschaftsleistung wird auf 4 bis 6 Prozent veranschlagt (Schätzungen des PCBS und der Weltbank)¹⁷. Es wird geschätzt, daß das BIP (ohne Ostjerusalem) 2005 im Vergleich zu 1999 vor der Intifada real um 2,1 Prozent niedriger lag. In diesen sechs Jahren wuchs die palästinensische Bevölkerung in den Gebieten allerdings um 24,6 Prozent. Folglich lag, wie in Abbildung 3.1 dargestellt, das reale Pro-Kopf-BIP 2005 noch 21,6 Prozent unter dem Wert von 1999.

62. Für 2005 können vier Hauptquellen des Wirtschaftswachstums ermittelt werden. Zum einen hat die Palästinensische Behörde eine expansive Steuerpolitik verfolgt. Die Zahl der vom Staat Beschäftigten nahm 2005 zu, im Juli 2005 wurden Lohnerhöhungen in Höhe von (durchschnittlich 15 Prozent) gewährt, und es fanden mehr Einkommens-transfers statt. Diese Politik hatte angesichts der schwierigen wirtschaftlichen Lage in den Gebieten positive soziale Auswirkungen. Sie kann jedoch nicht durchgehalten werden, da sich die Palästinensische Behörde einer akuten Liquiditätskrise gegenüber sieht. Nach Schätzungen des Internationalen Währungsfonds (IWF) beläuft sich das Haushaltsdefizit 2005 auf -16,7 Prozent bzw. -8,8 Prozent des BIP vor bzw. nach der Haushalts-hilfe der Geber (IWF, 2005).

¹⁷ Weltbank, 2005; PCBS-Schätzungen der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung für 2005.

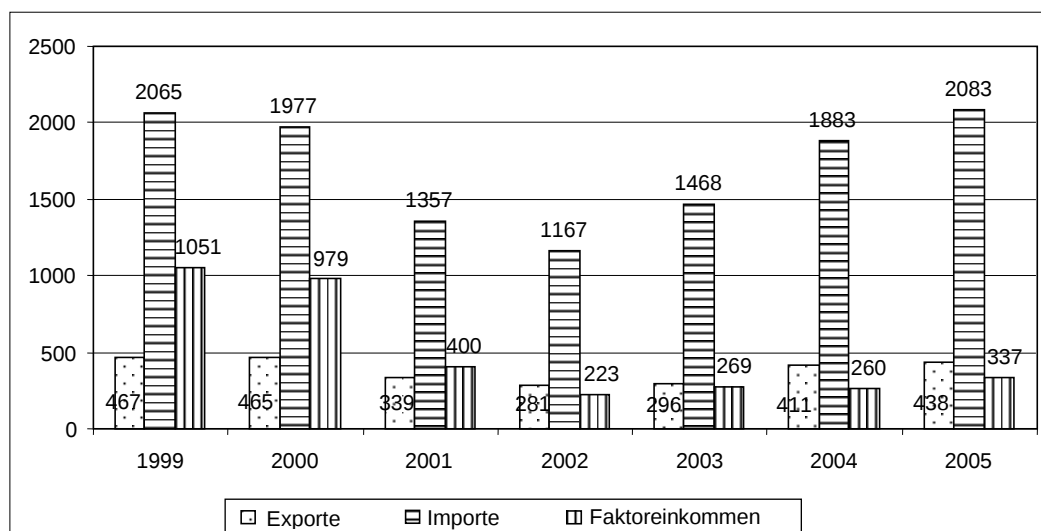
Abbildung 3.1. Trends beim BIP und Pro-Kopf-BIP



Anmerkung: Daten ohne Ostjerusalem.
Quelle: PCBS, 2006b.

63. Zweitens stieg der Zahl palästinensischer Arbeitnehmer mit einer Genehmigung zur Einreise nach Israel in der ersten Hälfte des Jahres 2005 an, was zu höheren Einkommen und Konsumausgaben dieser Haushalte führte. Die Lohnsumme (als Faktoreinkommen ausgewiesen) der in Israel arbeitenden Palästinenser stieg 2005 um 29,6 Prozent auf 337 Millionen US-Dollar (Abbildung 3.2). Im Vergleich zu der Lage vor der Intifada entspricht dies einem Rückgang von 67,9 Prozent. Auf Quartalsgrundlage zeigt sich bei den in Israel erzielten palästinensischen Löhnen in der ersten Hälfte des Jahres 2005 eine Aufwärtsbewegung mit einem Höhepunkt von 113 Millionen US-Dollar im Zeitraum April bis Juni, gefolgt von einem Rückgang auf 58 Millionen US-Dollar im Zeitraum Oktober bis Dezember 2005.

Abbildung 3.2. Palästinensischer Handel mit Israel
(Güter, Dienstleistungen und Arbeitskräfte in Millionen US-Dollar)



Anmerkung: Unter dem von Israel im Rahmen seiner Zahlungsbilanzdaten ausgewiesenen Faktoreinkommen ist die Lohnsumme zu verstehen, die den in Israel arbeitenden palästinensischen Arbeitnehmern mit Wohnsitz in den besetzten Gebieten gezahlt wird.
Quelle: Statistisches Zentralamt, Israel, verschiedene Jahre: *Monthly Bulletin of Statistics* (Tabelle G/2).

64. Drittens verzeichnete die israelischen Wirtschaft 2005 ein robustes Wachstum (um mehr als 5 Prozent, was u.a. auf die bessere Sicherheitslage zurückzuführen ist) (Bank of Israel, 2005), was mit einer Erhöhung der palästinensischen Exporte nach Israel um 6,6 Prozent im gleichen Jahr einherging¹⁸. Bei palästinensischen Exporten nach Israel wurde 2005 eine ähnliche Tendenz wie bei palästinensischen Löhnen in Israel beobachtet.

65. Viertens gab es ein starkes Wachstum der inländischen Bankkredite an den privaten Sektor, im letzten Vierteljahr in 2005 auf 1.356 Millionen US-Dollar, was einem Anstieg von 27,5 Prozent gegenüber demselben Zeitraum des Jahres 2004 entspricht (IWF, 2005). Kredite wurden in erster Linie für das Bauen und Wohnen gewährt. Kredite für den privaten Sektor stiegen auf 28 Prozent des BIP (ebd., Dez. 2005). Im Vergleich mit anderen Ländern der Region ist dieses Verhältnis nach wie vor sehr niedrig. Ein weiteres Zeichen für den Wirtschaftsaufschwung ergibt sich aus dem Al-Quds-Index, der seinen Wert bis Ende 2005 gegenüber 2004 mehr als verdreifachte¹⁹.

66. In der ersten Hälfte des Jahres 2005 fiel das Wirtschaftswachstum verhalten aus, dann zog es im dritten Quartal (Juli bis September) stark an, ging im letzten Quartal jedoch leicht zurück. Dieses Muster ist ein Abbild der jeweiligen Lage in bezug auf Sicherheit und Abriegelungen, die sich im Zeitraum April bis Juni 2005 verbesserte, Ende 2005 nach dem Abzug des israelischen Militärs aus dem Gazastreifen jedoch erheblich verschlechterte.

67. Hätte die Wirtschaft von 1999 bis 2005 eine jährliche Wachstumsrate von 6 Prozent aufgewiesen (das durchschnittliche BIP-Wachstum im Zeitraum 1995-1999 belief sich auf mehr als 8 Prozent), dann wäre das BIP etwa 44 Prozent höher ausgefallen als es den Schätzungen nach für 2005 der Fall war. Darüber hinaus belief sich die Lohnsumme der in Israel arbeitenden Palästinenser 1999 auf mehr als eine Milliarde US-Dollar; 2005 sank sie auf ein Drittel dieser Summe. Dieser im wesentlichen auf das System der Abriegelungen zurückzuführende signifikante Unterschied wurde nur zum Teil durch eine massive Geberunterstützung in Höhe von einer Milliarde US-Dollar im Jahr 2005 ausgeglichen. Die verstärkte Geberfinanzierung erlaubte die Aufrechterhaltung der grundlegenden Dienste und der Infrastruktur, glich aber nicht den Rückgang der Wirtschaftstätigkeit aus. Dies führte zu einem starken Anstieg der Arbeitslosigkeit von 9,5 Prozent auf 23,5 Prozent und der Armut von 20 Prozent auf 43 Prozent im Zeitraum 1999 bis 2005²⁰.

68. Zu berücksichtigen sind nicht nur die sozialen und wirtschaftlichen Aspekte, sondern auch die politische Dimension von einem derart unhaltbar hohen Stand der Arbeitslosigkeit und Armut. Der Erfolg der Hamas bei den Wahlen von 2006 zum Palästinensischen Legislativrat ist zweifellos auf eine Kombination von Faktoren zurückzuführen, dürfte aber nach Auffassung einiger Kommentatoren zumindest zum Teil ein Ausdruck der Verzweiflung und ein Votum gegen eine politische Klasse sein, die aus welchen Gründen auch immer nicht in der Lage war, Männern und Frauen in Palästina ein erträgliches Minimum im Hinblick auf Lebensstandard, wirtschaftliche und körperliche Sicherheit und Integrität und Arbeitsplätze zu bieten.

¹⁸ Es wird darauf hingewiesen, daß auf die palästinensischen Exporte nach Israel mehr als 90 Prozent der gesamten Exporte entfallen. Die palästinensischen Importe aus Israel machen mehr als 70 Prozent der gesamten Importe aus.

¹⁹ Ein synthetischer Index der Börsenkapitalisierung von zehn großen palästinensischen Unternehmen, veröffentlicht von der Palästinensischen Börse unter www.p-s-e.com.

²⁰ Arbeitslosenzahlen des PCBS und Armutsziffern der Weltbank (2005 und 2003). Siehe Abs. 91.

Kasten 3.1 Die vier Wirtschaftsszenarien der Weltbank

Die durch das Quartett vertretene internationale Gemeinschaft erwartet von der neuen palästinensischen Regierung nach deren Amtsantritt Ende März, „daß diese die Grundsätze der Gewaltfreiheit und der Anerkennung Israels sowie die bisher geschlossene Vereinbarungen und eingegangene Verpflichtungen, einschließlich des Friedensfahrplans, beachtet“ (Vereinte Nationen, 2006b). Bei Nichteinhaltung dieser Verpflichtungen erwägen die Regierung Israels und Geber unterschiedliche wirtschaftliche Maßnahmen, mit deren Durchführung sie bereits begonnen haben. Die Regierung Israels hat die regelmäßige Überweisung von Steuern, die sie für die Palästinensische Behörde (PA) erhebt, ausgesetzt; einige Geber haben bereits ihre Absicht erklärt, bei verschiedenen Arten der Auslandshilfe Kürzungen vorzunehmen. In Anbetracht der großen Abhängigkeit der palästinensischen Wirtschaft von Israel und der Unterstützung durch Geber könnten derartige Maßnahmen der palästinensischen Wirtschaft erheblich schaden. Die Weltbank hat die folgenden vier Modelle möglicher Wirtschaftsszenarien für den Zeitraum 2006 bis 2008 entworfen:

Szenario 1: Kein abrupter Wandel. Dieses Basisszenario geht davon aus, daß die Überweisungen der Steuereinnahmen wieder aufgenommen, die praktischen Vorkehrungen für den grenzüberschreitenden Warenverkehr von 2005 weitergeführt und die Zahl der in Israel arbeitenden Arbeitnehmer im Einklang mit der israelischen Absichtserklärung, Arbeitsgenehmigungen bis Ende 2007 aufzukündigen, reduziert werden. Unterstützungszahlungen laufen nach 2006 allmählich aus.

Ergebnis: Die Wirtschaftsaussichten sind nicht gut. Das reale Pro-Kopf-BIP geht von 6,3 Prozent im Jahr 2005 auf 4,9 Prozent zurück und wird dann negativ. Die Realeinkommen werden 2008 19 Prozent unter denen des Jahres 2005 liegen, die Arbeitslosigkeit wird auf 34 Prozent und die Armut auf 51 Prozent der Bevölkerung ansteigen.

Szenario Nr. 2: Aussetzung der Überweisungen von Steuereinnahmen, Beschränkungen des Güterverkehrs und der Bewegungsfreiheit der Arbeitskräfte. In diesem Szenario wird davon ausgegangen, daß die Überweisung der Steuereinnahmen an die Palästinensische Behörde durch die Regierung Israels weiterhin ausgesetzt wird, der grenzüberschreitende Warenverkehr weiterhin Beschränkungen unterliegt und Arbeitsgenehmigungen für palästinensische Arbeitskräfte erheblich schneller als im Szenario Nr. 1 abgeschafft werden. Für Unterstützungszahlungen gilt das im Szenario Nr. 1 beschriebene Bild.

Ergebnis: Ein dramatischer Rückgang des realen Pro-Kopf-BIP in 2006 auf 21 Prozent, vergleichbar mit dem Rückgang zu Beginn der Intifada-Periode. Die Arbeitslosigkeit schnellte 2006 auf 35 Prozent und 2008 auf 45 Prozent, und von Armut sind am Ende dieses Zeitraums 70 Prozent der Bevölkerung betroffen.

Szenario Nr. 3: Kürzung der Unterstützungszahlungen. Die Wirtschaftspolitik entspricht dem im Szenario Nr. 1 beschriebenen Bild, die Unterstützung durch OECD-Geber wird jedoch verringert. Die Haushaltshilfe sinkt 2006 von 350 Millionen US-Dollar auf 300 Millionen US-Dollar und 2007 und 2008 auf bloße 200 Millionen US-Dollar, da die OECD-Unterstützung zurückgehalten wird; Notfall- und humanitäre Hilfe steigt 2006 um 20 Prozent auf 600 Millionen US-Dollar und erreicht 2007 650 Millionen US-Dollar; die Entwicklungshilfe geht von 450 Millionen US-Dollar in 2005 auf 200 Millionen US-Dollar in 2006 zurück und läuft 2008 mit dem allmählichen Abschluß laufender Programme auf 100 Millionen US-Dollar aus.

Ergebnis: Trotz eines negativen realen BIP-Wachstums in 2006 und eines Rückgangs der Realeinkommen pro Kopf um 7 Prozent mehr als im Szenario Nr. 1 verschlechtern sich die meisten anderen Faktoren nur geringfügig gegenüber jenem Szenario.

Szenario Nr. 4: Aussetzung der Überweisungen von Steuereinnahmen, Beschränkungen des Warenverkehrs und der Arbeitskräfte und Rückgang von Unterstützungszahlungen. Hier wird davon ausgegangen, daß alle in den Szenarien Nr. 2 und 3 beschriebenen Maßnahmen ergriffen werden.

Ergebnis: Dies ist das schlimmste Szenario. Das reale Pro-Kopf-BIP sinkt 2006 um 27 Prozent, die Haushaltseinkommen um 30 Prozent – ein einjähriger Konjunkturabschwung, der einer tiefen wirtschaftlichen Depression entspricht. 2008 steigt die Arbeitslosigkeit auf 47 Prozent und die Armut auf 74 Prozent. Am Ende dieses Zeitraums dürfte der kumulative Verlust des realen Pro-Kopf-BIP seit 1999 55 Prozent betragen.

Quelle: Weltbank, 2006a.

69. Das Ergebnis der Wahlen zum palästinensischen Legislativrat und die angespannte Sicherheitslage Anfang 2006 dürften die Wirtschaftstätigkeit gedämpft haben. Die Palästinensische Behörde steht vor einer akuten Finanzkrise. Ursache ist der Beschluß der Regierung Israels, die für die Palästinensische Behörde erhobenen Steuern (etwa 50 bis 60 Millionen US-Dollar monatlich) ab März 2006 einzubehalten. Geber haben erklärt, daß sie ihre Politik der Haushaltshilfe für die Palästinensische Behörde überprüfen werden. Im März 2006 genehmigte die Weltbank der Palästinensischen Behörde zur kurzfristigen Finanzierung grundlegender Dienste ein Darlehen in Höhe von 42 Millionen US-Dollar (Weltbank, 2006 b).

3.2 Erholung der Beschäftigung in einem tristen Arbeitsmarkt

70. 2005 war mit 55.000 neuen Arbeitsplätzen, darunter 13.000 in Israel, eine leichte Verbesserung der Beschäftigungslage (Tabelle 3.1) gegenüber 2004 zu verzeichnen. Die Erwerbsbevölkerung wuchs um 37.000 Personen, und die Zahl der Arbeitslosen sank um 18.000. Auf Quartalsgrundlage ist im 2. Quartal 2005 ein deutlicher Beschäftigungsanstieg festzustellen. Im Westjordanland ist im vierten Quartal ein starker Beschäftigungsrückgang zu beobachten, der weitgehend auf eine Verschärfung der Abriegelungen zurückzuführen ist. In Gaza stieg die Beschäftigung jedoch im ganzen Jahr laufend an; der Grund hierfür dürfte der Abzug des Militärs und die anschließende Öffnung des Gazastreifens von Norden nach Süden sein. Im Jahresvergleich fiel der prozentuale Beschäftigungszuwachs im Westjordanland (22 Prozent) höher aus als in Gaza (15 Prozent).

Tabelle 3.1. Arbeitsmarkindikatoren

	2004	2005				2005	2005/2004
		Q1	Q2	Q3	Q4	Jahresdurchschnitt	Veränderung in %
Besetzte Gebiete							
Bevölkerung älter als 15 Jahre (in 1.000)	1.955	2.001	2.021	2.041	2.061	2.031	3,9
Erwerbsbevölkerung (in 1.000)	790	795	833	850	830	827	4,7
Beschäftigung (in 1.000)	578	586	656	657	632	633	9,5
Westjordanland	370	418	477	467	444	452	22,0
Gaza	157	168	179	187	188	181	15,0
Israel and Siedlungen	50	60	67	66	60	63	26,5
Arbeitslosigkeit (in 1.000)	212	208	177	193	198	194	-8,5
Erwerbsquote (%)	40,4	39,7	41,2	41,6	40,3	40,7	0,8
Beschäftigungsquote (%)	29,6	29,3	32,5	32,2	30,7	31,1	5,2
Arbeitslosigkeit (%)	26,8	26,3	21,2	22,7	23,8	23,5	-12,3
Quelle: PCBS, vierteljährliche Arbeitsmarkterhebungen.							

71. Wichtig ist auch der Hinweis, daß auf den öffentlichen Sektor (nationale und lokale staatliche Einrichtungen) 23 Prozent der Gesamtbeschäftigung entfallen, 16,9 Prozent im Westjordanland und 38,1 Prozent in Gaza. Zum Zeitpunkt der Erstellung dieses Berichts wirkt sich die Unfähigkeit der Palästinensischen Behörde, die entsprechenden Löhne und Gehälter zu zahlen, unmittelbar auf diese Beschäftigung aus. Dies ist weitgehend auf die Einbehaltung der Zolleinnahmen durch die israelischen Behörden sowie den der Palästinensischen Behörde entstehenden Verlust von Einkommen aus anderen Quellen zurück-

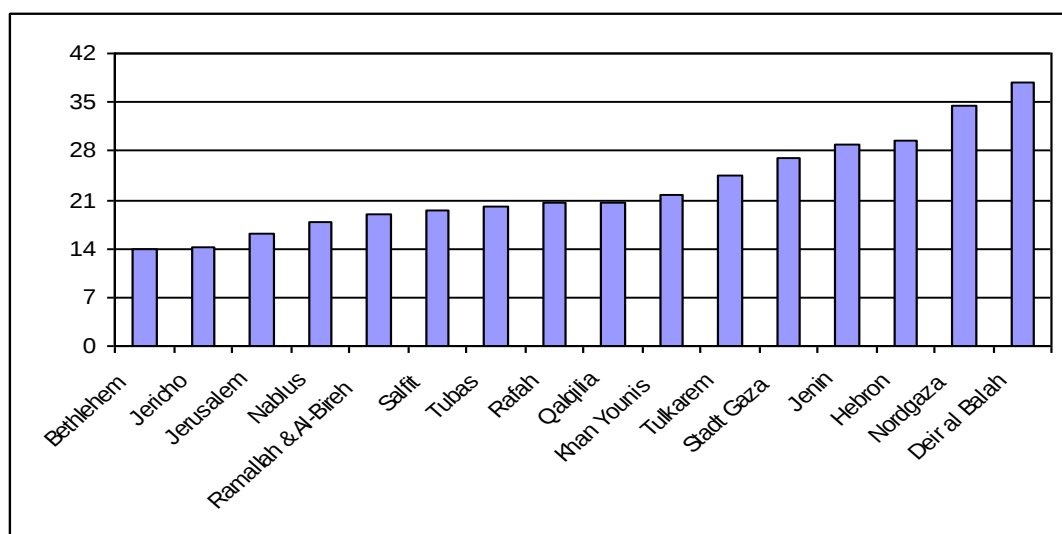
zuführen. Auf die Beschäftigung in Israel entfiel 2005 10 Prozent der Gesamtbeschäftigung.

72. Aus Informationen des Koordinators für Regierungstätigkeiten in den Gebieten geht hervor, daß am 7. April 2005, dem Zeitpunkt der früheren IAO-Mission, Palästinensern aus dem Westjordanland für eine Arbeitsaufnahme in Israel, den Siedlungen und Jerusalem 27.003 Arbeitsgenehmigungen von einer Gesamtquote von 28.077 gewährt worden waren; für Gaza waren 8.824 Arbeitsgenehmigungen von einer Gesamtquote von 9.958 erteilt worden. Am 13. März 2003 waren 30.920 Einwohner des Westjordanlandes im Besitz einer Arbeitsgenehmigung bei einer Gesamtquote von 32.371, und für Einwohner des Gazastreifens waren bei einer Gesamtquote von 5.400 4.961 Arbeitsgenehmigungen erteilt worden. Darüber hinaus waren bei einer Gesamtquote von 13.500 12.087 Sondergenehmigungen für palästinensische Geschäftsleute ausgestellt worden, was im Vergleich zum Vorjahr einer Steigerung von 23 Prozent entspricht (COGAT, 2006). Diese Daten lassen nicht erkennen, wie viele der ausgestellten Arbeitsgenehmigungen tatsächlich in Anspruch genommen werden konnten, da dies durch Abriegelungen häufig verhindert wird. Der COGAT geht ferner davon aus, daß 15.000 bis 20.000 Palästinenser ohne eine Arbeitsgenehmigung in Israel arbeiten. Der Mission standen keine detaillierteren monatlichen oder vierteljährlichen Daten zur Verfügung.

73. Die Arbeitslosenquote sank im Westjordanland geringfügig, nämlich um 1 Prozent auf 20,4 Prozent im Jahresdurchschnitt. In Gaza fiel dieser Rückgang auf 30,4 Prozent im Jahresdurchschnitt, ein Rückgang von fast 5 Prozent gegenüber 2004, deutlicher aus.

74. Im letzten Quartal 2005 lag die durchschnittliche Arbeitslosenquote (Berechnung nach IAO-Normen) um 23,8 Prozent niedriger als im ersten Quartal, allerdings viel höher als im zweiten Quartal. Die Arbeitslosenquoten in den Verwaltungsbezirken und Distrikten im Westjordanland und in Gaza weisen große Unterschiede auf. Abbildung 3.3 enthält eine Aufstellung der Verwaltungsbezirke nach Arbeitslosenquote, angefangen von der niedrigsten (14 Prozent in Bethlehem und Jericho) bis zur höchsten (Nord-Gaza und Deir Al Balah (Zentralgaza)).

Abbildung 3.3. Arbeitslosenquote nach Verwaltungsbezirk/Distrikt (in Prozent, viertes Quartal 2005)



Quelle: PCBS, vierteljährliche Arbeitsmarkterhebung, Okt.-Dez. 2005.

75. Es besteht ein deutlicher Gegensatz zwischen den hohen Arbeitslosenquoten im Norden (Jenin) und Süden (Hebron) des Westjordanlandes und im Zentrum und Norden Gazas und den weitaus niedrigeren Quoten im Zentrum des Verwaltungsbezirks und südlichen Gaza. Diese Unterschiede können auf lokale ökonomische Besonderheiten sowie auf die Regidität der internen und externen Abriegelungen und Einschränkungen der Bewegungsfreiheit und der Wirtschaftstätigkeit zurückgeführt werden.

76. Die Arbeitslosenquote der Jugendlichen (im Alter von 15 bis 24 Jahren) entspricht 1,6-mal der durchschnittlichen Arbeitslosenquote. Wie in den meisten Ländern sind in den besetzten Gebieten Menschen mit einer geringen Schulbildung stärker von Arbeitslosigkeit betroffen als die mit einer höheren Bildung. Wie aus Tabelle 3.2. hervorgeht, trifft dies allerdings lediglich auf Männer zu. Im letzten Quartal 2005 findet sich die höchste Arbeitslosenquote bei Frauen mit dreizehn oder mehr Bildungsjahren. Andererseits stellten Frauen 2002-03 mehr als die Hälfte aller Hochschulabsolventen sowie 2002-05 die Hälfte aller Informationstechnologie-Fachkräfte (Dakiki, 2005). Es ist offensichtlich, daß hier verschiedene Faktoren eine Rolle spielen, mit denen sich die staatliche Politik befassen müßte. Die staatlichen und privaten Investitionen in die Bildung kommen nicht der Gesellschaft und einzelnen zugute, wenn gut ausgebildete Frauen aus dem Arbeitsmarkt ausgeschlossen werden.

Tabelle 3.2. Arbeitslosenquote nach Geschlecht und Bildungsjahren (in Prozent)

Bildungsjahre	Männer	Frauen
0	17,1	0,9
1-6	29,3	8,9
7-9	25,9	14,8
10-12	24,1	21,6
13+	16,8	33,7
Durchschnitt	23,7	24,3

Quelle: PCBS, 2006a.

77. In einer PCBS-Erhebung wird bestätigt, daß ein höheres Bildungsniveau zu geringerer Arbeitslosigkeit führt, aber auch, daß die Berufsbildung mit einer höheren Arbeitslosigkeit einhergeht (PCBS, 2006c). Aufgrund dieser offensichtlichen Tatsache kann die Frage nach Orientierung und Qualität einer derartigen Berufsbildung gestellt werden, ein Thema, das gründlicher untersucht werden sollte.

78. In früheren IAA-Berichten ist bereits darauf hingewiesen worden, daß die IAO-Meßmethoden²¹ der Arbeitslosigkeit in Anbetracht des desolaten Zustands der Wirtschaft nicht der beste Weg zur Ermittlung der zur Verfügung stehenden Arbeitskräfte sind. Das PCBS hat ein alternatives Meßinstrument eingeführt, das das Kriterium „nach Arbeit suchen“ lockert, indem es zu Arbeitslosen die Arbeitnehmer hinzuzählt, die keine Arbeit haben, aufgrund von Entmutigung aber auch nicht aktiv nach Arbeit suchen. Die „gelockerte“ Messung der Arbeitslosigkeit ergab für das letzte Quartal 2005 29,4 Prozent, während bei der IAO-Messung 23,8 Prozent ermittelt wurden. Der Unterschied von 6 Prozent entspricht 65.000 Personen.

²¹ Die IAO und das PCBS wenden drei Kriterien an: keine Arbeit haben, für eine Arbeit zur Verfügung stehen und eine Arbeit suchen.

79. Ein deutlicheres Zeichen der akuten Beschäftigungskrise in den Gebieten ist das sehr niedrige Verhältnis zwischen Beschäftigung und Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter. Aus den Daten in Tabelle 3.3 geht hervor, daß 2005 jeder zweite Mann in den besetzten Palästinensischen Gebieten eine Beschäftigung hatte; diese Feststellung trifft in geringerem Maße auf das Westjordanland zu. Jede zehnte palästinensische Frau über 15 Jahre hatte eine Arbeitsstelle, in Gaza allerdings nur jede zwanzigste. Dies sind in der Tat sehr niedrige Quoten, die zwar höher liegen als 2002 auf dem Höhepunkt der Intifada-Krise und der israelischen militärischen Antwort, die aber immer noch weitaus deutlich niedriger sind als 1999. Historisch gesehen sind die Beschäftigungsquoten in der ganzen Region stets niedrig gewesen; allerdings sind sie im Verlauf der Krise sogar noch weiter zurückgegangen.

Tabelle 3.3. Verhältnis zwischen Beschäftigung und Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter und Abhängigkeitsquotient

		Verhältnis zwischen Beschäftigung und Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter (in %)		Abhängigkeitsquotient
		Männer	Frauen	Insgesamt
1999	Palästinensische Gebiete	63,3	11,6	5,0
	Westjordanland	66,6	12,6	4,6
	Gaza	56,8	8,8	6,0
2002	Palästinensische Gebiete	46,9	9,9	6,5
	Westjordanland	48,5	12,8	5,9
	Gaza	43,9	4,3	8,2
2005	Palästinensische Gebiete	51,2	9,9	6,0
	Westjordanland	53,4	12,3	5,4
	Gaza	46,9	5,3	7,5

Anmerkungen: Die Daten beziehen sich jeweils auf das letzte Vierteljahr. Unter der „Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter“ sind Menschen zu verstehen, die älter als 15 Jahre sind. Der Abhängigkeitsquotient bezeichnet das quantitative Verhältnis zwischen Gesamtbevölkerung und Erwerbstätigen.
Quelle: PCBS, vierteljährliche Arbeitsmarkterhebung, mehrere Jahre.

80. Ein Vergleich der Beschäftigungsquoten vor der Intifada 1999 mit den Beschäftigungs- und Bevölkerungszahlen von 2005 ergibt einen weitaus höheren Beschäftigungsstand, der nicht mit dem beobachteten Wert übereinstimmt. Geht man ferner davon aus, daß sich der Unterschied zwischen dem tatsächlichen Beschäftigungsstand von 2005 und dem anhand der Beschäftigungsquoten von 1999 veranschlagten Stand daraus ergibt, daß heute viele Menschen arbeitslos sind und nicht aktiv nach Arbeit suchen, die unter normaleren Umständen berufstätig wären, so beliefe sich die Arbeitslosenquote für 2005 auf 40,7 Prozent und nicht auf die ermittelten 23,5 Prozent. Diese geschätzte versteckte Arbeitslosigkeit liegt wesentlich näher an der Arbeitslosenquote, die von vielen Beobachtern, mit denen die IAO-Mission zusammentraf, angenommen wird, nämlich etwa 50 Prozent Anfang 2006. Dieses Beispiel soll die außergewöhnlich schwierigen Arbeitsmarktvhältnisse in den besetzten Gebieten verdeutlichen, denen mit herkömmlichen Arbeitsmarkindikatoren wohl nicht umfassend Rechnung getragen wird.

81. Ein weiteres in die Tabelle 3.3. aufgenommenes Meßinstrument ist der Abhängigkeitsquotient bzw. das quantitative Verhältnis der Gesamtbevölkerung zu Erwerbstätigen. Im palästinensischen Gebiet stieg dieser Quotient von durchschnittlich fünf Abhängigen pro Erwerbstätigen im Jahr 1999 auf 6,5 Personen im Jahr 2002 und fiel 2005 auf sechs Personen. Im Westjordanland ist die Lage mit 5,4 Abhängigen pro Erwerbstätigen in 2005 nur geringfügig weniger dramatisch. In Gaza sieht das Bild mit 7,5 Abhängigen pro Erwerbstätigen in 2005 wahrhaft erschreckend aus. Außerdem garantiert eine Beschäftigung zwar ein bestimmtes Einkommen, dies sagt aber nichts über die Höhe des Einkommens aus.

82. Diese ernüchternde Analyse und die bedrückenden Prognosen für eine menschenwürdige Arbeit der Jugendlichen sind aufgrund des Risikos alarmierend, daß sich die im Übereinkommen (Nr.182) über die schlimmsten Formen der Kinderarbeit, 1999, beschriebenen unannehmbaren Formen der Kinderarbeit weiter verbreiten, darunter Arbeit, die ihrer Natur nach für die Gesundheit oder die Sittlichkeit schädlich ist bzw. sogar die Rekrutierung von Kindern für den Einsatz in bewaffneten Konflikten oder sonstigen unerlaubten Tätigkeiten.

3.3. Tendenzen der Reallöhne

83. Nahezu 60 Prozent aller Erwerbstätigen übten 2005 eine Lohnarbeit aus; gegenüber 1999 ist dieser Anteil um mehr als 8 Prozent gesunken. Lohnhöhe und -kaufkraft sind natürlich entscheidend für die Lebensbedingungen. In Tabelle 3.4 wird der durchschnittliche Tageslohn ²² in NIS für abhängig Beschäftigte nach Verwaltungsbezirk und Distrikt für 2005 angegeben. Trotz der relativ geringen Bevölkerungszahl und des kleinen Gebietes gibt es auf regionaler und sektoraler Ebene bei den Nominallöhnen erhebliche Unterschiede.

84. Die Löhne sind im öffentlichen Sektor durchschnittlich 13 Prozent höher als im privaten Sektor. Die Löhne der in Israel (oder in israelischen Siedlungen) tätigen Palästinenser liegen im Durchschnitt mehr als doppelt so hoch wie der Durchschnittslohn im Westjordanland. Schon diese Zahlen erklären, warum eine Beschäftigung in Israel oder eine Beschäftigung im öffentlichen Dienst in den Gebieten attraktiv ist. In Gaza liegen die Löhne im privaten Sektor erheblich niedriger als im öffentlichen Sektor, und der Unterschied ist viel ausgeprägter als im Westjordanland. Die höchsten Löhne in den Gebieten werden in Jerusalem und Ramallah, den Schwerpunkten der öffentlichen Verwaltung, gezahlt. Am niedrigsten sind die Löhne im südlichen Gaza und im nördlichen Westjordanland.

85. Tendenzen der Reallöhne (Abbildung 3.4) werden berechnet, indem die durchschnittlichen nominalen Tageslöhne mit Hilfe des monatlich von PCBS zusammengestellten Verbraucherpreisindex angepaßt werden. Die Löhne werden für die monatlichen Verbraucherpreisindizes für das Westjordanland, Gaza und Jerusalem separat angepaßt. Die Löhne der in Israel beschäftigten Palästinenser werden mit Hilfe des Verbraucherpreisindex von Jerusalem angepaßt.

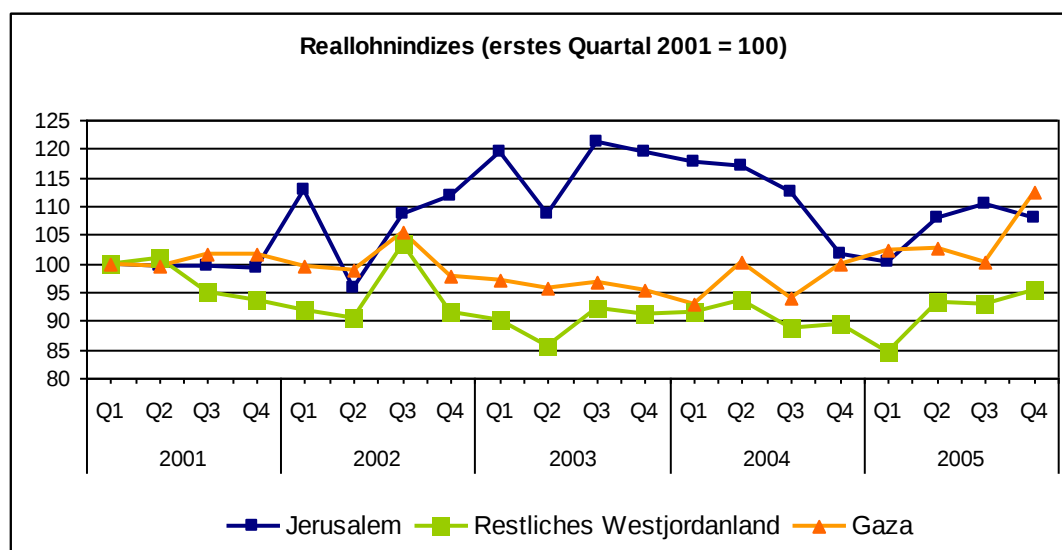
²² Durchschnittslohn: Die Hälfte aller Beschäftigten verdient mehr, die andere Hälfte weniger als den Durchschnittslohn.

Tabelle 3.4. Durchschnittlicher Tageslohn für abhängig Beschäftigte nach Verwaltungsbezirk/Distrikt (in Neuen Israelischen Schekel – NIS)

Verwaltungsbezirk/Distrikt	Öffentlicher Sektor	Privater Sektor	Israel und Siedlungen
Westjordanland	65,4	61,5	134,6
Jenin	57,7	50,0	115,4
Tubas	61,5	60,0	65,0
Tulkarem	61,5	50,0	100,0
Nablu	61,5	50,0	115,4
Qalqiliya	57,7	50,0	130,0
Salfit	57,7	57,7	150,0
Ramallah & Al-Bireh	71,2	70,0	100,0
Jericho & Al-Aghwar	57,7	51,9	60,0
Jerusalem	96,2	96,2	134,6
Bethlehem	67,0	70,0	120,0
Hebron	65,4	60,0	100,0
Gaza	65,4	40,0	–
Nordgaza	65,4	46,2	–
Stadt Gaza	61,5	40,4	–
Deir al-Balah	65,4	50,0	–
Khan Younis	63,5	35,0	–
Rafah	65,4	35,0	–

Anmerkung: – = keine Angaben.
 Quelle: PCBS, Datenbank der Arbeitsmarkterhebung 2005 (unveröffentlichte Daten).

Abbildung 3.4. Tendenzen der durchschnittlichen Reallöhne



Quelle: PCBS, vierteljährliche Arbeitsmarkterhebungen und Verbraucherpreisindex.

86. Seit Anfang 2001 ist die generelle Tendenz relativ stabil. Nach einem Rückgang der durchschnittlichen Reallöhne seit dem dritten Quartal 2003 in Jerusalem und im Westjordanland (jedoch nicht in Gaza), der sich 2004 fortsetzte, haben die Reallöhne wieder etwas an Boden gewonnen. Im letzten Quartal 2005 belief sich der durchschnittliche Reallohn im Westjordanland auf 95 Prozent des Wertes von 2001.

87. In Jerusalem stieg die Kaufkraft der Löhne Ende 2005 gegenüber 2001 hingegen um 8 Prozent an. In Gaza entsprachen die Reallöhne dem Wert von 2001 in den ersten neun Monaten des Jahres, am Ende des Jahres stiegen sie um 12 Prozent an. Diese Tendenz wurde von einer Reihe von Faktoren beeinflusst, z.B. durch den Abzug und die Lohnerhöhungen im öffentlichen Sektor.

3.4 Wirtschaftliche Fragmentierung und Verarmung

88. Die vielfältigen Beschränkungen, denen sich Palästinenser gegenübersehen, haben zu einem Phänomen der wirtschaftlichen Fragmentierung geführt, dessen Merkmal eine zunehmende lokale Ausrichtung der Wirtschaftstätigkeit ist. Die Transportkosten sind stark angestiegen, und der palästinensische Güterverkehr wurde auf vielfache Weise eingeschränkt. Eine nationale Institution zur Entwicklung des Handels, das Palästinensische Handelszentrum, veröffentlicht in regelmäßigen Zeitabständen ein Nachrichtenblatt über „Handelsbeschränkungen“ (PalTrade, 2005). Es wird regelmäßig beobachtet, daß israelische Importe in die Gebiete und palästinensische Exporte nach Israel und ins Ausland unterschiedlich behandelt werden. Die von Exporteuren erlittenen Verluste bei verderblichen Waren (Milchprodukte, Früchte, Gemüse und Blumen) sollen von erheblicher Größenordnung sein.

89. Im Zuge der zunehmenden Einschränkungen der Bewegungsfreiheit und des generellen Rückgangs der Beschäftigung von Palästinensern in Israel hat sich die lokale Beschäftigung zwangsläufig als Ersatz herausgebildet. Es wurden verschiedene Formen der „Lokalisierung“ beobachtet (UNSCO, 2005). Die selbstständige Erwerbstätigkeit und die unbezahlte Mithilfe von Familienangehörigen haben generell zugenommen und gleichen den Rückgang der Lohnarbeit aus. Die Zahl der Klein- und Mikrounternehmen sowie der lokalen Geschäfte und Dienstleister, die von lokal produzierten Gütern abhängig sind, ist angestiegen. Mehr als 90 Prozent der Betriebe beschäftigen bis zu vier Arbeitnehmer. Die Landwirtschaft hat sich als Notlösung für diejenigen erwiesen, deren reguläre Beschäftigung oder Tätigkeit verschwunden oder zurückgegangen ist. Der Güter- und Kundenverkehr hat erheblich nachgelassen.

90. In dem Bemühen, den Verlust des Lohneinkommens der Männer auszugleichen, sind mehr palästinensische Frauen in das Erwerbsleben eingetreten. Mit Hilfe von Mikrokrediteinrichtungen nehmen Frauen verschiedene Arten einkommensschaffende Tätigkeiten auf. Das Palästinensische Mikrofinanz-Netzwerk umfaßt etwa zehn Mikrofinanzierungseinrichtungen mit einem Kundenkreis von nahezu 30.000 Personen, 44 Prozent davon Frauen. Ein Mitglied dieses Netzwerks ist der Palästinensische Verband der Unternehmerinnen (ASALA), der etwa 2.000 weiblichen Unternehmern „Solidaritätsgruppen“-Kredite gewährt. Es wird davon ausgegangen, daß eine Gesamtnachfrage nach Mikrodarlehen in der Größenordnung von 150.000 vorhanden ist, d.h. das fünffache der derzeitigen Zahl.

3.5 Massive Armut

91. Die Abriegelungen haben letztlich einen Rückgang der Wirtschaftstätigkeit, weniger Beschäftigung, niedrigere Einkommen und niedrigeren Verbrauch und somit eine größere Verbreitung und Intensität der Armut zur Folge. Im Einklang mit den in diesem Bericht dargestellten generellen Tendenzen war die Armut im Jahr 2005 etwas weniger ausgeprägt, sie ist jedoch nach wie vor ein weit verbreitetes Phänomen, von dem mehr als vier von zehn Palästinensern betroffen sind. Die Weltbank schätzt, daß 1999 20 Prozent der Menschen von Armut betroffen waren, daß dieser Prozentsatz 2003 auf 61 Prozent anstieg und 2005 auf 43 Prozent sank²³. In absoluten Zahlen stieg die in Armut lebende Bevölkerung von 600.000 im Jahr 1999 auf 1.600.000 im Jahr 2005, was einer Zunahme von 1 Millionen Menschen entspricht. In Gaza war die Armut immer stärker verbreitet als im Westjordanland (65 Prozent bzw. 38 Prozent im Jahr 2004). Auf der Grundlage einer Erhebung über Ausgaben und Konsum konstatierte das PCBS eine stärkere Verbreitung der Armut im Jahr 2004 bei einer Einkommensarmut der palästinensischen Bevölkerung von schätzungsweise 53,7 Prozent, 48 Prozent im Westjordanland (ohne Ostjerusalem) und 65 Prozent in Gaza (PCBS, 2005). In beiden Quellen wird der offiziell für Armut maßgebliche Grenzwert von 2,10 US-Dollar pro Person pro Tag verwendet. Im Westjordanland ist die Armut im Süden und im Norden stärker verbreitet als im Zentrum.

92. Aus derselben PCBS-Analyse läßt sich der Schluß ziehen, daß die Nothilfe zur Verringerung der Verbreitung und Intensität von Armut beiträgt, aber nur in geringem Maß. Der Anteil der Hilfe, der Menschen gewährt wird, die keine Not leiden, ist nach wie vor beträchtlich, und folglich gibt es auch eine erhebliche Anzahl Hilfsbedürftiger, die keine Nothilfe erhalten. Nach Schätzungen der Weltbank belieft sich die staatliche Auslandshilfe 2005 auf insgesamt 1.100 Millionen US-Dollar bzw. 297 US-Dollar pro Kopf, ein Anstieg von nominal 63 Prozent gegenüber der Pro-Kopf-Hilfe von 1999.

93. Dies bestätigt erneut, daß ein breit angelegtes Wirtschaftswachstum in bezug auf die Schaffung von Arbeitsplätzen, Einkommen, Verbrauch und Sozialfürsorge durch nichts ersetzt werden kann. Dies sollte das vorrangige Ziel aller betroffenen Parteien sein.

²³ Schätzungen der Weltbank auf der Grundlage einer makroökonomischen Modellierung (2005 und 2003). Angaben ohne Ostjerusalem.

4. Sozialer Dialog und sein Beitrag zu guter Regierungsführung

94. Für die Mission stand fest, daß Dialog und Verhandlungen die Triebkraft jeder zukunftsfähigen Strategie für dauerhaften Frieden und soziale Gerechtigkeit in den besetzten arabischen Gebieten sein müssen. Der einzigartige Beitrag, den die IAO zu diesem Prozeß leisten kann, ist die Förderung des Wachstums von Verbänden der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer neben einer Arbeitsverwaltung, die bei der Behandlung der zahlreichen Herausforderungen im Arbeits- und Sozialbereich einen dreigliedrigen Ansatz zu schätzen weiß und verfolgt. Die Mission nahm die feste Überzeugung vieler Palästinenser zur Kenntnis, daß diese sozialen Verbände eine Rolle dabei spielen können, die Aufmerksamkeit des Staates stärker auf die Fragen der sicheren und menschenwürdigen Lebens- und Arbeitsbedingungen in dieser schwierigen und historischen Zeit zu lenken.

95. Nach Auffassung der IAO ist der Rahmen für diesen Ansatz gegeben, und zwar durch die IAO-Verfassung, in der die Kombination von Normensetzungsmaßnahmen und Kooperation hervorgehoben wird, die IAO-Erklärung über die grundlegenden Prinzipien und Rechte bei der Arbeit, in der die Rolle der IAO bei der Förderung der Verwirklichung der Vereinigungsfreiheit und der tatsächlichen Anerkennung des Rechts zu Kollektivverhandlungen, der Beseitigung der Diskriminierung in Beschäftigung und Beruf, und der anderen grundlegenden Rechte beschrieben werden, sowie die einschlägigen internationalen Arbeitsnormen, insbesondere das Übereinkommen (Nr. 87) über die Vereinigungsfreiheit und den Schutz des Vereinigungsrechtes, 1948, das Übereinkommen (Nr. 98) über das Vereinigungsrecht und das Recht zu Kollektivverhandlungen, 1949, und das Übereinkommen (Nr. 144) über dreigliedrige Beratungen (internationale Arbeitsnormen), 1976. Dieser Rahmen ist wertvoll, da er die wesentlichen Ziele und Politiken für die Festsetzung und Verbesserung von Lebens- und Arbeitsnormen nennt. Darüber hinaus können diese Rechte bei der Arbeit mit ihrer starken Betonung der bürgerlichen und politischen Rechte dazu führen, daß Diskussionen, Dialog und Verhandlungen zu einer Gewohnheit werden, die letztlich zu erheblichen Fortschritten bei der Erfüllung der vielfältigen Sicherheitsbedürfnisse von Männern und Frauen führt. Auch kann kein Zweifel daran bestehen, daß sich die Einführung derartiger Prozesse nur vorteilhaft auf die Herausbildung verlässlicher, wirtschaftlicher und sozialer Rechte in einer Gesellschaft auswirken kann, in der das Rechtsstaatsprinzip sowohl intern als auch extern geachtet wird.

96. Aufgrund der Sicherheitslage war die Mission in diesem Jahr nicht in der Lage, Gaza zu besuchen. Mit den Mitgliedsgruppen in Gaza wurde beim Treffen mit dem Allgemeinen Gewerkschaftsbund von Palästina (PGFTU) in Nablus und dem Verband der Palästinensischen Handels-, Industrie- und Landwirtschaftskammern (FPCCIA) ein Video- bzw. Telefonkontakt hergestellt. Dies zeigt, unter welchen allgemeinen Einschränkungen die palästinensischen Sozialpartner tätig sein müssen, da die normale Wahrnehmung der Vereinigungsfreiheit mit Kontakten und Mitteilungen zwischen verschiedenen Gewerkschaften und ihren Zweigen und verschiedenen lokalen Kammern durch Einschränkungen der Bewegungsfreiheit nicht nur zwischen dem Gazastreifen und dem Westjordanland, sondern, was weitaus störender ist, auch innerhalb des Westjordanlandes unmöglich gemacht wird. Diese Einschränkungen komplizieren zweifellos erheblich die interne demokratische Leitung der Sozialpartnerorganisationen. Die Mission veranstaltete separate Treffen mit dem Zentrum für Demokratie und Arbeitnehmerrechte (DWRC) in Ramallah und der Handels- und Industriekammer in Nablus.

97. In Gaza wie in Nablus gab der PGFTU einen umfassenden kritischen Überblick über die materiellen Schwierigkeiten der Arbeitnehmer und ihrer Familien in Form körperlicher Angriffe der Israelis, Abriegelungen von Übergängen und Entzug aller Arten landwirtschaftlicher Erzeugnisse und Güter sowie Arbeitsplatzverluste nicht nur in Israel (einschließlich der illegalen Einbehaltung von Löhnen durch Arbeitgeber, ohne die Möglichkeit von Rechtsmitteln), sondern jetzt auch in den besetzten Gebieten, da es den Unternehmen schwerfällt, Rohmaterialien zu beschaffen, und die Einnahmen der öffentlichen Dienste zurückgegangen sind. Die durch israelische Einschränkungen hervorgerufene wachsende Unzuverlässigkeit und Unsicherheit beim Weg von und zur Arbeit (insbesondere durch „fliegende Kontrollstellen“) hatte zur Folge, daß die mentale und körperliche Belastung der Arbeitnehmer zunahm. Der PGFTU hatte keinen Kontakt zur neugewählten Palästinensischen Behörde. Die geplante nationale dreigliedrige Konferenz hat noch nicht stattgefunden. Nach Abschluß der Wahlen der angeschlossenen Gewerkschaften, bei denen inzwischen Fortschritte erzielt wurden, sollte 2006/07 ein nationaler Kongreß des PGFTU stattfinden. Die Teilnahmequote der Frauen in den Gewerkschaften lag bei etwa 20 Prozent.

98. Die Mission stellte fest, daß Schwierigkeiten der Arbeitgeber und ihrer Verbände (die lokalen Handelskammern und der FPCCIA) und ihre jeweilige Interessen offenbar zunehmend mit denen der Arbeitnehmer konvergieren. Einschränkungen des internen Güterverkehrs setzen palästinensische Unternehmen und landwirtschaftliche Erzeuger einem unerträglichen Druck aus; obschon im allgemeinen keine rechtlichen Schritte wegen der Nichterfüllung der vertraglich festgelegten Termine gegen die dafür verantwortlichen israelischen Behörden ergriffen werden können, erwog der FPCCIA, ein Verfahren wegen der illegalen Einbehaltung von Zolleinnahmen anzustrengen. Diese Einschränkungen machten es auch lokalen Kammern unmöglich, die Beziehungen untereinander fortzusetzen und Erfahrungen, Know-how und bewährte Praktiken auszutauschen. Der FPCCIA stellte fest, daß der Verlust von Arbeitsplätzen palästinensischer Männer in einigen Fällen zu einer vermehrten Erwerbstätigkeit von Frauen, darunter Unternehmensgründungen, führen konnte, wies aber auf die Notwendigkeit hin, die hohe Arbeitslosigkeit Graduierten durch Förderung der Start-Your-Business-Programme anzugehen. Die neugewählte Palästinensische Behörde hatte keinen Kontakt aufgenommen; der Mission wurde mitgeteilt, daß Maßnahmen, der Behörde Einkommen vorzuenthalten, Auswirkungen auf die Verbände der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer hätten, die so Unterstützung verlieren würden.

99. Die Verbände der Sozialpartner erzielten weitere Fortschritte bei ihrer internen Demokratisierung, und auf beiden Seiten wurden verschiedene Wahlen abgehalten. Nach Auffassung der Arbeitnehmer und der Arbeitgeber stellen sich aufgrund der dem früheren Palästinensischen Legislativrat (PLC) unterbreiteten Vorschläge für gesetzgeberische Reformen für den FPCCIA und den PGFTU sowie andere an Arbeitnehmer- und Menschenrechten interessierte palästinensische Organisationen Fragen, auch in bezug auf die internationalen Prinzipien und Rechte im Bereich der Vereinigungsfreiheit und des Vereinigungsrechts, für die sich die IAO einsetzt. Es liegt auf der Hand, daß normale demokratische Prozesse in einem militärisch besetzten Land nicht funktionieren können; dennoch sind alle Beobachter und Teilnehmer der Auffassung, daß die Wahlen zum Palästinensischen Legislativrat vom Januar 2006 in bemerkenswert freier und transparenter Weise durchgeführt worden sind. Somit dürfte es zur Zeit einige Aspekte der Rechte von Verbänden der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer geben, die von den palästinensischen Institutionen selbst behandelt werden, wenn auch die dominierenden und entscheidenden Probleme unmittelbar auf die Tatsache der Besetzung zurückzuführen sind. So konnten die Verbände der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer ihre Handlungsfähigkeit deutlich

verbessern, und sie würden über ein stärkeres Mandat verfügen. Nach Ansicht der Mission wären die IAO sowie die israelischen und palästinensischen Behörden in der Lage, auf jeweils eigene Art die Wahlverfahren zu erleichtern, da sie alle aus den oben genannten Gründen ein starkes Interesse an deren Erfolg haben.

100. Bei ihren Treffen mit Mitgliedern der örtlichen Gemeinschaften des besetzten syrischen Golans und später mit Vertretern der Regierung der Arabischen Republik Syrien und den Sozialpartnern in Damaskus fiel der Mission besonders auf, daß die Arbeitnehmer und Landwirte im besetzten syrischen Golan noch immer nicht in nennenswertem Umfang ihr Vereinigungsrecht zum Schutz und zur Förderung ihrer Interessen wahrnehmen können. Für diese Menschen verschlimmert sich die Situation durch Sachschäden und Unsicherheiten für arabische Arbeitnehmer und ihre Familien, verursacht durch die willkürlichen und diskriminierenden Eingriffe der israelischen Behörden, z.B. Beschlagnahme von Grund und Boden und Verlust des Lebensunterhalts, gegen die keine wirksamen Rechtsmittel eingelegt werden können. Es besteht die Gefahr, daß arabische Gemeinschaften vollständig zerstört werden, da weder Arbeitsplätze noch Einkommen zur Verfügung stehen und Jugendlichen nur die Möglichkeit bleibt, eine Beschäftigung in Israel oder anderswo zu suchen. Die Möglichkeit des Zusammenschlusses und des kollektiven Handelns im Einklang mit internationalen Arbeitsnormen wäre für die Menschen im besetzten syrischen Golan ein normales und sinnvolles Mittel zur Geltendmachung und Wiedererlangung ihrer Rechte.

101. Die Gespräche der Mission mit dem Israelischen Unternehmerverband und dem Allgemeinen Israelischen Gewerkschaftsbund (Histadrut) fanden unmittelbar nach den israelischen Wahlen vom 28. März statt, durch die die herrschende Stimmung politischer, wirtschaftlicher und sicherheitsrelevanter Ungewißheit verstärkt wurde. Vertreter des Histadrut erklärten, sie wünschten sich positive Entwicklungen in Form einer verstärkten Unterstützung einer sozialen Agenda durch die Wähler, wobei Israel die Möglichkeit hätte, z.B. zu Sozialausgaben anstelle von Ausgaben für die Siedlungen im Westjordanland überzugehen; dem Friedensprozeß wäre am besten durch wirtschaftlichen Fortschritt und soziale Gerechtigkeit gedient. Sie sahen allerdings einen Zusammenhang zwischen den Beschäftigungsmöglichkeiten von Palästinensern und Sicherheitserwägungen; diese hätten aufgrund aus der neuen Hamas-geführten Palästinensischen Behörde an Gewicht gewonnen. Der Israelische Unternehmerverband äußerte die Befürchtung, daß Israel trotz der zunehmenden Abhängigkeit der palästinensischen Wirtschaft von Israel immer seltener auf palästinensische Arbeitskräfte zurückgreifen werde; dieser Prozeß sei schwer umzukehren. Bei einem Treffen mit Mitgliedern des Israelischen Forschungsverbandes für Arbeitsbeziehungen wurde die Frage angesprochen, ob diese Organisation, die der Internationalen Vereinigung für Arbeitsbeziehungen (IIRA) angehört, ein Forum für eine weitergehende Erörterung relevanter Themen von gegenseitigem Interesse sein könnte.

5. Zusammenfassung und Schlußfolgerungen

5.1. Zusammenfassung

102. Als die Mission die besetzten arabischen Gebiete im April 2005 besuchte, wurde von einigen Gesprächspartnern der Begriff „vorsichtiger Optimismus“ verwendet. Angesichts dessen, daß eine neue Regierung der Palästinensischen Behörde soeben ihr Amt angetreten hatte und eine neue israelische Regierung gerade entstand, daß die beiden in den israelisch-palästinensischen Konflikt verwickelten Parteien voneinander eine Neubestimmung ihrer Positionen erwarteten und daß die wichtigen Akteure der internationalen Gemeinschaft diese beiden Parteien an ihre internationalen Verpflichtungen erinnerten und nach Wegen suchten, eine Verschärfung der humanitären Krise zu vermeiden und den Friedensprozeß zu erneuern, wurde der Begriff in diesem Jahr jedoch nicht wieder verwendet. Die Mission erfolgte zu einem Zeitpunkt, an dem der Dialog unterbrochen war, dennoch gewann sie den Eindruck, daß diejenigen, die Frieden, Sicherheit und soziale Gerechtigkeit anstrebten, an ihren Hoffnungen festhielten.

103. Was die Sicherheit der Menschen betrifft, so besteht sowohl auf der israelischen wie auch auf der palästinensischen Seite des Konflikts ein Defizit. Die Regierung Israels fordert die körperliche Sicherheit ihrer Bürger. Die Palästinensische Behörde hebt die wirtschaftliche und soziale sowie die körperliche Unsicherheit der unter der Besetzung lebenden Palästinenser hervor. Sicherheit mit all ihren Aspekten – körperlich, sozial und wirtschaftlich – in Israel einerseits ist untrennbar verbunden mit der Sicherheit der in den besetzten Gebieten lebenden palästinensischen Bevölkerung andererseits. Die umfassende Sicherheit beider Bevölkerungsgruppen bildet ein unauflösbares Ganzes.

104. Die Abriegelungen, durch die die Bewegungsfreiheit der Palästinenser in und zwischen den besetzten Gebieten eingeschränkt wird, sind nach wie vor die sichtbarste und lästigste Erscheinungsform der Besetzung, obwohl es hierbei einige Änderungen gegeben hat. Nach dem Rückzug der Israelis aus dem Gazastreifen sind dort keine internen Abriegelungen mehr wirksam, doch die externe Bewegungsfreiheit bleibt weiterhin streng überwacht. Im Westjordanland sind die internen Abriegelungsmaßnahmen in den ersten drei Quartalen des Jahres 2005 insgesamt merklich zurückgegangen. Die Wirtschaftsdaten ließen deutlich den positiven Zusammenhang zwischen geringeren Verlusten an Menschenleben, stärker empfundener Sicherheit, verminderten Abriegelungen, vermehrter Wirtschaftstätigkeit und weniger Arbeitslosigkeit erkennen. Seit dem vierten Quartal 2005 war jedoch wieder eine Verschlechterung festzustellen, was auch an einer Umkehr dieser Zusammenhänge abzulesen war. In diesem Zeitraum erfolgten die „horizontale Dreiteilung“ des Westjordanlandes durch interne Abriegelungen, eine allmähliche Abtrennung des Jordantales vom Westjordanland sowie der Weiterbau der Sperrmauer im Westjordanland.

105. Die Wirtschaft verzeichnete 2005 einen deutlichen Aufschwung, womit sich der 2004 begonnene Trend fortsetzte. Das reale BIP erreichte fast den Stand vor der Intifada, doch infolge des Bevölkerungswachstums lag das reale Pro-Kopf-BIP immer noch 21,6 Prozent unter dem Stand von 1999 und weit unter dem Stand, den die Wirtschaft erreicht haben würde, wenn seit 1999 ein nachhaltiges Wachstum erzielt worden wäre. Da der jüngste positive Trend durch einen hohen Anteil der öffentlich Bediensteten an den Gesamtbeschäftigungszahlen und eine weitgehend durch die Haushaltsunterstützung von Gebern und die Löhne einer steigenden Zahl in Israel arbeitender Palästinenser finanzierte expansive Steuerpolitik ausgelöst wurde, dürfte der Aufschwung vor dem aktuellen politischen Hintergrund kaum nachhaltig sein. Darüber hinaus hat die Regie-

rung Israels die regelmäßigen Überweisungen von Zöllen, die sie im Namen der Palästinensischen Behörde erhebt, eingestellt. Für den schlimmsten Fall, daß diese Verrechnungsüberweisungen auf Dauer eingestellt werden und die Beschränkungen für den Handel und die Arbeitnehmer bestehen bleiben und die Hilfgelder weiter zurückgehen, prognostiziert die Weltbank für 2006 einen Rückgang des realen Pro-Kopf-BIP um 27 Prozent und der Privateinkommen um 30 Prozent.

106. Die Entwicklung der Arbeitslosigkeit blieb selbst nach einem geringfügigen Jahresanstieg der Beschäftigungsquote 2005 besorgniserregend. Die vom Palästinensischen Statistischen Zentralamt ermittelte Arbeitslosenquote lag bei 23,5 Prozent. Die IAO schätzt, daß die Gesamtarbeitslosigkeit, einschließlich der verschleierte Arbeitslosigkeit, 2005 40,7 Prozent erreicht haben könnte. Gegliedert nach Verwaltungsbezirken weist die Arbeitslosigkeit erstaunlich hohe regionale Unterschiede auf, die ein Verhältnis von 1:3 erreichen kann. Hinzu kommt, daß das Verhältnis zwischen erwerbstätigen Frauen und der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter mit 9,9 Prozent außerordentlich niedrig ist und damit den beschränkten Beschäftigungsmöglichkeiten für Frauen entspricht. Auch für Männer ist das entsprechende Verhältnis mit 51,2 Prozent niedrig. Die Zahl der Personen der Gesamtbevölkerung je Beschäftigten liegt jetzt bei 6 und im Gazastreifen mit 7,5 sogar noch höher.

107. Gemessen an den Normen und Rechten der IAO gibt es reichliche Hinweise auf die Diskriminierung von Frauen und Männern bei ihrem Zugang zu Beschäftigung und Beruf. Diese Diskriminierung erfolgt offensichtlich auf der Grundlage der Konfession, der ethnischen Zugehörigkeit, der politischen Meinung, der nationalen Abstammung und der sozialen Herkunft und steht im Widerspruch sowohl zum Übereinkommen (Nr. 111) über Diskriminierung (Beschäftigung und Beruf), 1958, als auch zur Erklärung der IAO über grundlegende Prinzipien und Rechte bei der Arbeit.

108. Das Endergebnis der Abriegelungen sind eine geringere Wirtschaftstätigkeit, weniger Beschäftigung, geringere Einkommen und niedrigerer Konsum und infolgedessen mehr Armut. Absolut ist die Zahl der in Armut lebenden Menschen von 600.000 im Jahr 1999 auf 1.600.000 im Jahr 2005 gestiegen. Obwohl es 2005 zu einer leichten Verbesserung kam, ist die Armut weiterhin weit verbreitet und betrifft vier von zehn Palästinensern.

109. Dialog und Verhandlungen müssen eine Triebkraft jeder sinnvollen Strategie für dauerhaften Frieden und soziale Gerechtigkeit sein. Der einzigartige Beitrag, den die IAO zu einem solchen Prozeß leisten kann, besteht darin, die Fähigkeiten von Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbänden, neben einer Arbeitsverwaltung, die ein dreigliedriges Vorgehen befürwortet und verfolgt, zu fördern, sich den zahlreichen Sozial- und Arbeitsproblemen zu stellen. Die Organisationen der Sozialpartner machen in bezug auf ihre interne Demokratisierung weitere Fortschritte. So fanden in letzter Zeit in mehreren Organen der Mitgliedsgruppen auf beiden Seiten Wahlen statt. Dem vorangegangenen Palästinensischen Legislativrat vorgelegte Entwürfe von Gesetzesreformen haben jedoch eine Reihe von Fragen in bezug auf die Vereinigungsfreiheit palästinensischer Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände sowie anderer an Arbeitnehmer- und Menschenrechten interessierter palästinensischer Organisationen aufgeworfen. Die durch die Sicherheitslage bedingten Schwierigkeiten der Mission, Kontakte zu Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertretern im Gazastreifen aufzunehmen, waren eine Folge der allgemeinen Behinderungen, unter denen die palästinensischen Sozialpartner arbeiten müssen. Ihre Stimme ist jedoch in jedem Prozeß, der zu Frieden und sozialer Gerechtigkeit führen soll, unerlässlich.

110. Die Lage der syrischen arabischen Bevölkerung im besetzten syrischen Golan hat sich seit der Beurteilung im Jahr 2005 nicht verbessert. Der Kampf um Ressourcen geht überall weiter, und Diskriminierungen zugunsten israelischer Siedler finden nach wie vor überall statt. Die Landwirtschaft reicht immer weniger aus, um Einkommen zu erzeugen. Alternative Einkommensmöglichkeiten, besonders für Jugendliche und Hochqualifizierte, sind in den Dörfern außerordentlich selten. Deshalb wächst der Druck, woanders Alternativen zu suchen, was wiederum das allmähliche Verblassen der syrischen Identität zur Folge hat. Angesichts der niedrigen Preise für Äpfel auf dem israelischen Markt mußte die Situation 2006 durch die Lieferung von 10.000 Tonnen Äpfeln in die Arabische Republik Syrien erneut gemildert werden. Dieses Verfahren wurde von der israelischen Regierung wiederum gefördert und mit Hilfe von IKRK-Fahrzeugen und einem Umladevorgang an der Grenze durchgeführt.

5.2. Schlußfolgerungen

111. Die Mission ermittelte eine Reihe wesentlicher Probleme, denen sich die Parteien im israelisch-palästinensischen Konflikt und die internationale Gemeinschaft insgesamt in den kommenden Monaten widmen müssen. Die sich seit Ende 2005 wiederum verschlechternde Lage erfordert dringend alle Anstrengungen der Palästinensischen Behörde, der israelischen Regierung und der internationalen Gemeinschaft, um menschenwürdige Arbeit für Männer und Frauen in den besetzten arabischen Gebieten zu verwirklichen.

112. Sicherlich ist das dringendste Problem in der gegenwärtigen Situation die Entschärfung der humanitären Krise. Wiederum leisten internationale Organisationen, einschließlich nichtstaatlicher Organisationen, und ihre lokalen Partner in dieser Hinsicht eine bewundernswerte Arbeit. Nachhaltigkeit kann jedoch nur durch die Förderung von Wachstum, Investitionen und menschenwürdige Arbeit für Palästinenser in den besetzten Gebieten erreicht werden. Ausländische Unterstützung für die Palästinenser in der Form von Haushaltsbeiträgen, Notstands- und humanitärer sowie Entwicklungshilfe kann die durch den Konflikt verursachten Verluste an Leistungsfähigkeit nicht nachhaltig ausgleichen. Die Entwicklung einer lebensfähigen palästinensischen Wirtschaft muß deshalb Vorrang haben.

113. Die Feststellungen in der Verfassung der Internationalen Arbeitsorganisationen „Weltfrieden kann auf die Dauer nur auf sozialer Gerechtigkeit aufgebaut werden“ und in ihrer Anlage, der Erklärung von Philadelphia, „Armut, wo immer sie besteht, gefährdet den Wohlstand aller“ gelten auch vor dem palästinensisch-israelischen Hintergrund. Einseitige Maßnahmen werden keinen dauerhaften Frieden bewirken. Die Regierung Israels und die Palästinensische Behörde tragen nach wie vor eine gemeinsame Verantwortung für die menschliche, wirtschaftliche und soziale Sicherheit, wenn es ein positives Ergebnis geben soll.

114. Die wichtigsten Voraussetzungen für eine Förderung menschenwürdiger Arbeit in den besetzten arabischen Gebieten sind die Beseitigung der Hindernisse für die Freizügigkeit von Personen, Waren und Dienstleistungen innerhalb des Westjordanlandes sowie zwischen dem Gazastreifen und dem Westjordanland und ein tragfähiges System des Handels mit Israel und der Welt. Private Investitionen in Unternehmen und weitere Entwicklungshilfe der internationalen Gebergemeinschaft setzen realistische Aussichten voraus. Mit dem israelischen Rückzug aus dem Gazastreifen sind die internen Hindernisse beseitigt worden, und die Vereinbarung vom 15. November 2005 über Bewegungsfreiheit und Zugang sah ein tragbares System für die externen Bewegungsmöglichkeiten vor. Da diese Vereinbarung jedoch bisher nur unzulänglich umgesetzt wurde, tragen die

internationale Gemeinschaft, die Regierung Israels und die Palästinensische Behörde weiterhin eine gemeinsame Verantwortung für ihre vollständige Umsetzung. Auch hier wieder gilt es, unterschiedliche Positionen miteinander zu vereinbaren. Während der israelische Koordinator für Regierungstätigkeiten in den Gebieten, Generalmajor, Yossef Mishlev anlässlich des Besuchs der Mission alternative Übergangsmöglichkeiten für die Lieferung von Waren in den Gazastreifen andeutete, wies der für die Umsetzung auf palästinensischer Seite zuständige ehemalige Planungsminister Ghassan Khatib darauf hin, daß Karni der einzige Übergangsort für Ausfuhren sei, und erklärte: „Mit Karni steht oder fällt alles“.

115. Bei Überlegungen über Lösungen für eine Festlegung der künftigen Grenzen Israels müssen die Natur der Sperrmauer und der von ihr umschlossenen Siedlungen sowie die sich hieraus ergebenden Konsequenzen für Ostjerusalem besonders berücksichtigt werden. Die israelische Regierung hatte zuvor stets behauptet, daß der Verlauf der Mauer keine künftige Grenze zwischen den beiden Staaten vorwegnehme. Auch hier wieder besteht eine gemeinsame Verantwortung, „auf eine Verhandlungslösung des israelisch-palästinensischen Konflikts auf der Grundlage bestehender Vereinbarungen, der einschlägigen Sicherheitsratsresolutionen und der im Fahrplan niedergelegten Grundsätze hinzuarbeiten (Europäischer Rat, 2006).

116. Die Verpflichtung zur Einhaltung von Verträgen wird von beiden Konfliktparteien erwartet. Wichtige Akteure der internationalen Gemeinschaft erwarten von der neuen palästinensischen Regierung ein „Bekenntnis zu den Grundsätzen der Gewaltlosigkeit, die Anerkennung Israels und die Übernahme früherer Vereinbarungen und Verpflichtungen, einschließlich des Fahrplans“ (Vereinte Nationen, 2006b); von der israelischen Regierung wird erwartet, daß sie im Rahmen des gemeinsamen Zollunionssystems die Überweisungen der für die palästinensische Behörde vereinnahmten Verzollungsgebühren wiederaufnimmt.

117. Da es zu keiner Einigung über diese Grundsätze gekommen ist, ist eine Verminderung der Hilfgelder erwogen worden. Im Rahmen der aktuellen Diskussion hat der französische Präsident Chirac darauf hingewiesen, daß die Hamas-Bewegung in der von der Europäischen Union erstellten Liste der Terrororganisationen geführt wird, und im Zusammenhang mit einer möglichen Einstellung der Hilfe vor kurzem auch erklärt, es wäre sowohl ungerecht wie politisch ungeschickt, das palästinensische Volk dafür verantwortlich zu machen (Le Monde, 2006). Diesen Standpunkt haben auch zahlreiche Gesprächspartner gegenüber der Mission mehrfach vertreten.

118. Der Rat der Liga der Arabischen Staaten, der am 28. und 29. März 2006 in Khartum getagt hat, als gerade die neue palästinensische Regierung ihr Amt antrat, verpflichtet sich, „weiterhin finanzielle Hilfe an die nationale Palästinensische Behörde entsprechend dem am Arabischen Gipfel in Beirut (2002) vereinbarten Verfahren zu leisten und ihre Beiträge durch Erhöhung der Al Aqsa Fonds fortzusetzen, um die palästinensische Wirtschaft zu unterstützen und ihre Fähigkeiten zu stärken und ihre Abhängigkeit von der israelischen Wirtschaft zu beenden“²⁴.

119. „Die humanitären Dienste in den besetzten Gebieten werden von der Regierung erbracht, und 90 Prozent der nicht für Sicherheitszwecke bestimmten Ausgaben erfolgen für Bildung und Gesundheit“, erklärte Ghassan Khatib gegenüber der Mission. Vertreter in Palästina präsenter internationaler Organisationen bestätigten dies und wiesen darauf hin, daß „es keine Möglichkeit gibt, die Regierungsdienste zu ersetzen“²⁵. Nachdem bei

²⁴ Ain-Al-Yaqeen: „Key points of the Khartoum Declaration“, 31. März 2006, unter: www.ain-al-yaqeen.com.

²⁵ Jordi Raich Curco, Leiter der Mission des IKRK in Jerusalem.

den Reformen der Finanzverwaltung und im öffentlichen Dienst Fortschritte erzielt wurden, sind natürlich weitere Reformen des Justiz- und Sicherheitswesens erforderlich. In dem Maß, wie die Zahl der Sicherheitskräfte den künftigen Bedarf im Fall einer Zweistaatenlösung übersteigt, sollten für die freigesetzten Kräfte durch Berufsbildungs- und Umschulungsmaßnahmen und die Eröffnung wirtschaftlicher Möglichkeiten umfassendere Arbeitsmarktperspektiven geboten werden. Technische Zusammenarbeit könnte ebenfalls zur Reform der Sicherheitsdienste beitragen, indem auf der Grundlage erfolgreicher Programme für ehemalige Kombattanten in anderen Ländern Arbeitsvermittlungsdienste und Ausbildungseinrichtungen unterstützt werden.

120. Die Beschäftigung von Palästinensern in Israel wird für die palästinensische Wirtschaft auch weiterhin eine entscheidende Rolle spielen, bis diese eine Wachstumsrate erreicht, die genügend Beschäftigungsmöglichkeiten schafft, um das Anwachsen der Erwerbsbevölkerung zu absorbieren und bei Frauen und Männern ein besseres Verhältnis zwischen der Zahl der Erwerbstätigen und der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter zu erreichen. Die Beschäftigung von Palästinensern in Israel nutzt gleichzeitig der israelischen Wirtschaft. Vertreter des Israelischen Arbeitgeberverbandes haben der Mission gegenüber auch in diesem Jahr wieder erklärt, daß sie die Präsenz palästinensischer Arbeitnehmer in verschiedenen Wirtschaftssektoren, sofern die Sicherheitserfordernisse erfüllt seien, durchaus begrüßten. Die israelische Regierung hatte zuvor angekündigt, Arbeitsgenehmigungen bis Ende 2007 zu entziehen. Die Erfahrungen im Jahr 2005, als eine hohe Zahl an Arbeitsgenehmigungen erteilt wurde, haben jedoch erneut die Tragfähigkeit eines Systems bewiesen, von dem sowohl die israelische als auch die palästinensische Wirtschaft profitiert. Im Hinblick auf eine künftige Zweistaatenlösung dürfte es zweckmäßig sein, wenn die israelische Regierung ihre frühere Ankündigung überprüft.

121. Da Dialog und Verhandlungen die Triebkräfte jeder tragfähigen Strategie für dauerhaften Frieden und soziale Gerechtigkeit sein müssen, ist die Stärkung der Fähigkeiten und Institutionen der Sozialpartner für einen erfolgreichen Sozialdialog in einem dreigliedrigen Rahmen eine vielversprechende Strategie. Vertreter des israelischen Arbeitgeberverbandes, der Histadrut und der palästinensischen Sozialpartner haben erneut ihr Interesse an der Unterstützung einer Sozialagenda bekundet, die den Prozeß des Dialogs auf und zwischen beiden Seiten fördert. Vor diesem Hintergrund ist das an Rechten orientierte Vorgehen der IAO in bezug auf Vereinigungsfreiheit und das Vereinigungsrecht, Kollektivverhandlungen und dreigliedrige Beratungen von größter Bedeutung. Die Entwürfe der Gesetzesreformen in bezug auf Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände, die dem früheren Palästinensischen Legislativrat vorlagen und einer Reihe von Aspekten der Vereinigungsfreiheit für palästinensische Sozialpartner galten, sollten im Hinblick auf die einschlägigen internationalen Prinzipien und Rechte erneut in Erwägung gezogen werden.

122. Wie in früheren Jahren stellte die Mission fest, daß die Benachteiligung der arabischen Bevölkerung zugunsten der israelischen Siedler im besetzten syrischen Golan nach wie vor eine Tatsache ist. Im Bericht 2005 wurde die unter Vermittlung des IKRK getroffene Vereinbarung mit den israelischen Behörden, die den arabischen Apfelanbauern den Zugang zu den Märkten in der Arabischen Republik Syrien gestattete, als erstes Zeichen der Hoffnung begrüßt, und eine Fortsetzung dieses Prozesses sowie alle anderen Initiativen zur Unterstützung der syrischen arabischen Bevölkerung im besetzten syrischen Golan wurden nachdrücklich unterstützt. Tatsächlich konnte in diesem Jahr eine Fortsetzung der Regelung in größerem Umfang festgestellt werden. Da aber andere Formen der Diskriminierung blieben und neue auftraten, würden die Behörden der Arabischen Republik Syrien dennoch begrüßen, wenn die IAO technische Hilfe leistete, um mehr menschenwürdige Arbeit für die arabische Bevölkerung im besetzten syrischen Golan zu bewirken.

Quellennachweis

- Amnesty International. 2003. *Israel and the occupied territories – Surviving under siege: The impact of movement restrictions on the right to work*.
- Bank of Israel. 2005. *Annual Report 2005*, unter <http://www.bankisrael.gov.il/deptdata/mehkar/doch05/eng/doch05e.htm>.
- Statistisches Zentralamt, Israel. Mehrere Jahre. *Monthly Bulletin of Statistics*. – Mehrere Jahre. *Statistical Abstract of Israel*.
- Koordinator der Regierungstätigkeiten in den Gebieten, (COGAT) Israel. 2006. *Updated presentation to the ILO*. Apr.
- Rat der Europäischen Union. 2006. *Schlußfolgerungen des Rates*, 2723. Tagung des Rats für Außenbeziehungen, Luxemburg. 10. Apr.
- Dakiki, M. 2005. „Concrete walls and glass ceilings“, in *Focus*, Nr. 4, 2005 (UNDP, Jerusalem).
- Gouverneur von Quneitra. 2006. *Report of the Quneitra Governorate on the work situation and the situation of Arab workers in the occupied Syrian Arab Golan*. 5. Apr. (in arabischer Sprache).
- Haaretz. 2006. „Colonization of Palestine precludes peace“, von Jimmy Carter, 17. März.
- Human Rights Watch. 2006. *Human rights overview: Israel/occupied Palestinian territories*, unter hrw.org/english/docs/2006/01/18/isrlpa12224.htm.
- International Crisis Group. 2005. *The Jerusalem powder keg*, Middle East Report Nr. 44, 2. Aug.
- Internationales Arbeitsamt (IAA). 2005. Bericht des Generaldirektors. Anhang. *Bericht über die Lage der Arbeitnehmer der besetzten arabischen Gebiete*. Internationale Arbeitskonferenz, 93. Tagung (Genf).
- Internationaler Währungsfonds (IWF). 2005. *International Financial Statistics*, unter www.imf.org.
- Israelische Streitkräfte (IDF). 2005. *Declaration regarding end of military rule in Gaza Strip*. 12. Sept., unter www.idf.il.
- Israelisches Informationszentrum für Menschenrechte in den besetzten Gebieten (B'Tselem). 2006. *Statistics*, unter www.btselem.org.
- Medien- und Kommunikationszentrum von Jerusalem. 2004 und 2006. *Public Opinion Polls* Nr. 51, Juni 2004 und Nr. 57. Feb. 2006.
- Le Monde. 2006. „Au Caire, Chirac plaide en faveur de l'aide financière aux Palestiniens“, von Natalie Nougayrède. 21. Apr.
- Newsweek-Washington Post. 2006. „A conversation with Ehud Olmert, Interim Israeli Prime Minister“, von Lally Weymouth. 9. Apr.

- Amt des Sondergesandten für die Entflechtung. 2006. *Ninth Report of the Implementation of the Agreement on Movement and Access*, Ostjerusalem. 24. März.
- Büro des Sonderkoordinators der Vereinten Nationen für den Friedensprozeß im Nahen Osten (UNSCO). 2005. *Economic Fragmentation and Adaptation in the Rural West Bank*. Okt.
- Palestine Monitor. 2005. *Fact Sheets – Water*, unter www.palestinemonitor.org.
- Palästinensisches Statistisches Zentralamt (PCBS). 2006a. *Labour Force Survey October-December 2005, Round Q4/2005*.
– 2006b. *Preliminary Estimates of GDP (fourth quarter of 2005)*, Jan.
– 2006c. *Conditions of graduates from high education and vocational training survey (Dez. 2005-Jan. 2006): Press conference on the survey preliminary results*. Febr.
– 2005. *Poverty in the Palestinian territory (Jan.-Dez. 2004). Press conference on the main findings results*. Juli.
- Palästinensischer Legislativrat (PLC). 2006. *Speech of President Mahmoud Abbas (Abu Mazen)*, Opening session of the Second Palestinian Legislative Council, Ramallah. 18. Febr.
- Palestinian Trade Center (PalTrade). 2005. *Trade Impediments Monthly Bulletins*, Nov., Bd. II, Ausgabe 7.
- PeaceNow. 2005. *Population and construction in the West Bank*, unter www.peacenow.org.il.
- Stockholm International Peace Research Institute (SIPRI). 2005. *SIPRI Yearbook 2005: Armaments, disarmament and international security*, Oxford University Press.
- Vereinte Nationen. 2006a. *Statement by Middle East Quartet*. 30. Jan. (SG/2104).
– 2006b. *Statement by Middle East Quartet*, 30. März. (SG/2110).
– 2005. *Report of the Special Rapporteur of the Commission on Human Rights on the situation of human rights in the Palestinian territories occupied by Israel since 1967*, Generalversammlung, 60. Tagung, Dokument A/60/271. 18. Aug.
- Amt der Vereinten Nationen für die Koordinierung Humanitärer Angelegenheiten (OCHA).
– 2006a. *West Bank closure count and analysis*. Jan.
– 2006b. *Humanitarian impact of the West Bank Barrier, Special focus - Crossing the Barrier: Palestinian access to agricultural land*. Jan.
– 2006c. *The humanitarian situation*. Feb.
– 2005-06. *Humanitarian Update* (verschiedene Ausgaben).
– 2003. *Humanitarian Action Plan 2003: Occupied Palestinian territory*.
- United States Department of State. 2005. *Country Reports on Human Rights Practices 2005: Israel and the occupied territories*, unter www.state.gov/g/drl/rls/hrrpt/2005/61690.htm.
- United States Senate Committee on Foreign Relations. *Quartet Special Envoy for Disengagement*. 2006. *Testimony of James D. Wolfensohn to the Foreign Relations Committee, United States Senate*. 15. März, unter <http://foreign.senate.gov/hearings/2006/hrg060315a.html>.
- Weltbank. 2006a. *West Bank and Gaza: Economic update and potential outlook*. 15. März.
– 2006b. *World Bank approves \$42 million to Palestinian Authority to sustain public services for Palestinian people*, Pressemitteilung Nr. 2006/296/MNA. 7. März.
– 2005. *The Palestinian economy and the prospects for its recovery: Economic Monitoring Report to the Ad Hoc Liaison Committee*, Nr. 1. Dez.
– 2003. *Twenty-seven months – Intifada, closures and Palestinian economic crisis: An assessment*, Mai.

Anhang

Verzeichnis der Gesprächspartner

Palästinensische Institutionen

Palästinensischer Legislativrat (PLC)

Saeb Erekat, Leiter, Abteilung für Verhandlungen, Palästinensische Befreiungsorganisation

Ghassan Shaka'a

Salam Fayyad

Hanan Ashrawi, Vorsitzende des Exekutivkomitees der Palästinensischen Initiative zur Förderung von weltweitem Dialog und Demokratie – MIFTAH

Palästinensisches Statistisches Zentralamt (PCBS)

Loay Shabaneh, Präsident

Saleh Al-Kafri, Direktor, Arbeitsstatistik

Hamdan Awwad, Direktor, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung

Ola Farah Mohammad Awad, Generaldirektorin, Hilfsmanagement

Stadtverwaltung Bethlehem

Victor Batarseh, Bürgermeister

Dorfrat von Zubeidat, Jordantal

Hassan Jarmi, Leiter des Dorfrats

Verband der Palästinensischen Handels-, Industrie- und Landwirtschaftskammern (FPCCIA), Al-Ram

Ahmed H. Azzghayar, Präsident

Jamal Jawabreh, Generaldirektor

Amin Baidoun, Direktor der Wirtschaftsabteilung

Ali Mohanna, Direktor der Abteilung KMUs

Industrie- und Handelskammer von Nablus (NCCI)

Basel Kanaan, Präsident

Husam Hijjawi, Generalsekretär

Nameer T. Khayyat, Generaldirektor

Palästinensische Industrie- und Handelskammer von Gaza (PLCC)

Mohamad Al-Qudwah, Präsident

Basem Murtaja, Generaldirektor

Mustafa Murtaja, Geschäftsführer

Nabil Irdaisi, Eigentümer einer Kunststoff-Fabrik

Mahmoud Yaziji, Geschäftsführer, Leiter des Ausschusses für Öffentlichkeitsarbeit

Palästinensischer Allgemeiner Gewerkschaftsbund (PGFTU), Gaza

Rasem Al Bayari, Stellvertretender Generalsekretär, Mitglied des Exekutivkomitees (Generalsekretär der Metallarbeitergewerkschaften)

Mohamed Abu Ajena, Mitglied des Exekutivkomitees (Generalsekretär der Allgemeinen Union der Arbeitnehmer der öffentlichen Verkehrsmittel)

Sameer Al Ashqar, Mitglied des Exekutivkomitees (Generalsekretär der Allgemeinen Union der Arbeitnehmer in Stadt- und Dorfräten)

Basheer Al Sici, Mitglied des Exekutivkomitees (Generalsekretär der Allgemeinen Union der Arbeitnehmer im öffentlichen Dienst und im Handel)

Aref Abu Jaraad (Sekretär der Allgemeinen Union der Arbeitnehmer in der Landwirtschaft)

Yehia Abu Alatta (Schatzmeister der Allgemeinen Union der Arbeitnehmer der öffentlichen Verkehrsbetriebe)

Salama Abu Zu'ater (Generalsekretär der Allgemeinen Union der Arbeitnehmer im Gesundheitswesen)

Rizeq Al Bayari, Leiter, Informationsabteilung

Abdul Raouf Mahdi, Leiter, Abteilung für internationale Beziehungen

Palästinensischer Allgemeiner Gewerkschaftsbund (PGFTU), Nablus

Shajer Sae'd, Generalsekretär

Whalid Al-Aghbar, Mitglied des Exekutivkomitees

Fathi Nasser, Rechtsberater

Neda' G. Abu Zant, Sekretärin der Abteilung Frauenfragen, Allgemeiner Bund der Transportarbeiter

Ayman Fatoum, Landwirtschaft und Nahrungsmittelindustrie

Mohamad Al- Hazzam, Petrochemische Abteilung

Khaled Abdel Haq, Banken und Versicherungen

Wael Abu-Sabra, Öffentliche Dienste

Naser Yonis, Öffentliche Verkehrsmittel

Mohamad Al-Sayyed, Transport

Moayad Salah, Abteilung für Jugendfragen

Fawzan Ewedah, Baugewerbe

Esam Wahbeh, Informationsabteilung

Saed Al-Gia'an, Baugewerbe und Holzindustrie

Naeem Jamous, Abteilung Textilindustrie

Al-Haq, Ramallah

Sha'awan Jabareen, Direktor

Gareth Gleed, Rechtswissenschaftler

Nasser Al-Rayes, Rechtsberater und Anwalt

Al-Quds-Universität, Jerusalem

Sari Nuseibeh, Präsident

Birzeit-Universität, Westjordanland

Nabeel Kassis, Präsident

Adel S. Zagha, Direktor, Amt für Planung und Entwicklung

Zentrum für Demokratie und Arbeitnehmerrechte (DWRC), Ramallah

Hassan Barghouti, Direktor

Mahmoud Ziadeh, Koordinator der Abteilung Vereinigungsfreiheit und Zusammenschluß

Medien- und Kommunikationszentrum von Jerusalem (JMCC)

Ghassan Khatib, Direktor

Palästinensisches Forschungsinstitut für Wirtschaftspolitik (MAS)

Samir Abdullah, Generaldirektor

Basim Makhool, Forschungsleiter, Forschungskoordinator

Palästinensische Hochschulgesellschaft für das Studium Internationale Angelegenheiten (PASSIA)

Mahdi F. Abdel Hadi, Leiter

Palästinensischer Verband der Unternehmerinnen (ASALA)

Reem Abboushi, Exekutivdirektorin

Regierung Israel und israelische Einrichtungen

Koordination der Regierungstätigkeiten in den Gebieten (COGAT)

Generalmajor Yossef Mishlev, Koordinator der Regierungstätigkeiten in den Gebieten

Oberstleutnant Baruch Persky, Leiter der Wirtschaftsabteilung

Oberstleutnant Daniel Beaudoin, Abteilung Auswärtige Beziehungen

Shlomo Dror, Sprecher

Außenministerium

Eli Ben-Tura, Stellvertretender Direktor, Abteilung Internationale Organisationen

Ministerium für Industrie, Handel und Arbeit

Eli Paz, Stellvertretender Generaldirektor

Shlomo Ytzhaki, Verantwortlicher für Arbeitsbeziehungen

Israelischer Unternehmerverband

Yoram Blizovsky, Geschäftsführer

Dan Catarivas, Direktor, Abteilung Außenhandel und Internationale Beziehungen;
Direktor, Welthandelszentrum, Israel

Eli Korah, Stellvertretender Vorsitzender des Arbeitsausschusses, Israelischer Bauern-
bund

Ytzhak Barak, Rechtsberater

Hizkiya Israel, Arbeitsabteilung

Allgemeiner Israelischer Gewerkschaftsbund (Histadrut)

Ofer Eini, Vorsitzender

Nawaf Massalha, Leiter, Internationale Abteilung

Avital Shapira-Shabirow, Direktorin, Internationale Tätigkeiten, Internationale Abtei-
lung

Youssef Kara, Vertreter der Histadrut bei der IAO

Israelischer Forschungsverband für Arbeitsbeziehungen

Haim Kaminitz, Co-Vorsitzender

Joseph Gattegno, Mitglied des Vorstandes

Vereinte Nationen und internationale Organisationen

Internationales Komitee vom Roten Kreuz (ICRC)

Jordi Raich Curco, Missionschef

Claire Meytraud, Koordinatorin für Fragen der wirtschaftlichen Sicherheit

Amt des Sondergesandten für die Entflechtung

Lynn Hastings, Vertreterin der Vereinten Nationen

Catherine L. Downard, Vertreterin der Vereinigten Staaten

Leonid Barkovsky, Russischer Vertreter

Ramsey Jamil, Forschungsleiter

Büro des Sonderkoordinators der Vereinten Nationen für den Friedensprozeß im Nahen
Osten (UNSCO)

Alvaro de Soto, Untergeneralsekretär

UNESCO-Hilfsprogramm für Rehabilitation und Entwicklung in den palästinensischen
Gebieten

Zahira Kamal, Direktorin, Forschungs- und Dokumentationszentrum für palästinensische
Frauen

Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (UNDP)

Jens Toyberg-Frandzen, Sonderbeauftragter, Hilfsprogramm für das palästinensische Volk

Minna Tyrkko, Stellvertretende Sonderbeauftragte des Administrators, Leiterin der Abteilung Programm und Umsetzung, Hilfsprogramm für das palästinensische Volk

Amt der Vereinten Nationen für die Koordinierung Humanitärer Angelegenheiten (OCHA), Besetztes Palästinensisches Gebiet

David Shearer, Leiter des Amts

Gwyn Lewis, Beauftragte für humanitäre Angelegenheiten

Amt des Hohen Kommissars der Vereinten Nationen für Menschenrechte (OHCHR), Palästina

June Ray, Leiterin

Hilfswerk der Vereinten Nationen für palästinensische Flüchtlinge im Nahen Osten (UNRWA)

Karen Abu Zayed, Generalkommissarin

Kabir Shaikh, Direktor für Bildungsmaßnahmen, Ammam, Jordanien

Weltbank, Westjordanland und Gaza

A. David Craig, Landesdirektor

Besetzter Syrischer Golan

Majd Abu Saleh

Hamoud Abu Saleh

Ha'il Abu Jebel

Sheikh Mahmoud Abu Saleh

Hamoud Merai

Nabih Awidat

Treffen in Damaskus, Arabische Republik Syrien

Diala Alhaj Aref, Ministerin für Arbeits- und Sozialangelegenheiten

Issa Maldaon, Stellvertretender Minister für Arbeits- und Sozialangelegenheiten

Nawaf Al Faris, Gouverneur des Verwaltungsbezirks Quneitra

Rakaan Ibrahim, Direktor für Arbeitsfragen, Ministerium für Arbeits- und Sozialangelegenheiten

Amneh Rahban, Direktor, Arabische Beziehungen, Ministerium für Arbeits- und Sozialangelegenheiten

Abdallah Hallak, Außenministerium

Ahmad Habbab, Mitglied des Exekutivbüros des Allgemeinen Gewerkschaftsbundes